

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 60 M. pro Monat, 1,50 M. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Eingelie Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die Nebenspalten Kolonnen je resp. deren Raum 1,- Mark.
Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telegraphen-Adresse: **Mitverband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.**
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Wilmshausenstr. 42.**

Es wird keine Garantie für die Übermittlung, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

„Weiße Salbe“.

Trübig im Palasthotele
Sitzen da die Herrenmenschen,
Und beraten und beschließen
Ueber Bergmanns Wohl und Wehe: —

Weil er sich sein Leben schützen
Will durch eigene Kontrolleure,
Ist der Groll der Bergmagnaten
Bis zum Siedepunkt gediehen. —

Selbst der klammerliche Entwurf
Der Regierung wird verworfen. —
Nein und dreimal nein! Es sollen
Siegen nicht die Wohlfahrtstrogen! —

„Herren sind im eignen Hause
Wir,“ so löst es rund im Chorus —
„Herren, und den Herrenstandpunkt
Soll uns kein Gesetz verrücken.“ —

Also Uthemann und Kleine,
Volk und wie sie alle heißen —
Nur der frühere Saarabier,
Bilger, spricht mit seinem Bohne:

„Auch ich teile ihre Ansicht —
Meine Herren — doch Erfahrung
Lehrt mich auch, wie man das Schlimme
Klug zum Guten sich kann deidseln. —

An der Saar hab' ich die Schule
Durchgemacht mit der Kontrolle —
„Weiße Salbe“ ist's gewesen
Und geblieben — „weiße Salbe“. — B. R.

Aus den preussischen Berginspektorenberichten für das Jahr 1908.

Die jetzt veröffentlichten Berichte der Berginspektoren Preussens lassen die Beeinträchtigung durch die wirtschaftliche Krise stark erkennen. Die angeführten Lohn Tabellen zeigen ein stetes Fallen der Löhne im Berichtsjahre gegenüber dem Vorjahre an. Und wie wir schon früher mitgeteilt haben, sind es die Bergarbeiter, die infolge der mangelhaften Lage in der Eisenindustrie am härtesten von den Lohnrückgängen ergriffen wurden. So berichtet der Revierbeamte Haas (Bergrevier Wärsen-Gelegeland), daß in seinem Revier der durchschnittliche Jahresverdienst von 1830 M. im Jahre 1907 auf 1184 M. im Jahre 1908, also um 196 M. gefallen ist; die Schichtlohnzahl hat sich hingegen nur um vier vermindert. Eine solche Lohnverminderung in so kurzer Zeit muß von der größten Tragweite auf die Lebensverhältnisse der Arbeiter sein. Der Revierbeamte entwirft sich, wie die meisten seiner Kollegen in den kürzlichen Bergrevieren, einer beträchtlichen Kritik über die Lohnverminderungen, wie von ihnen das sozial-wirtschaftliche Gebiet überhaupt streng gemeinend wird. Es muß sich schon um sog. Wohlfahrtseinrichtungen der Bergwerksbesitzer handeln, wenn sich preussische Bergrevierbeamte bequemen wollen, auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter einer Betrachtung zu unterziehen. Nun, wir sollen auch nicht danach gehen. Denn, wo man mit einigen Worten dieses Gebiet streift, da zeigt sich gewöhnlich auch eine tief eingestufte sozialpolitische Miskundigkeit der Beamten. So lesen wir im Bericht des Bergreviers Staehler-Quaden-Märchen folgendes:

„Wenn auch die Löhne noch höher bleiben als in den Jahren 1904 und 1905, so klagen doch die Vergleiche darüber, daß die Lebensbedarfspreise in unverhältnismäßiger Weise gestiegen sind. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß die in den Vorjahren reichlich vorhandene Gelegenheit, etwas von dem verdienten Lohne zurückzulassen, in den meisten Fällen nicht benutzt und dadurch die Lebensführung zu kostspielig geworden ist.“

Diese Darlegungen würdigen sich von selbst, wenn wir uns die Löhne in den letzten Jahren in diesem Revier ansehen. So verdienen die

	1904	1905	1906	1907	1908
	M.	M.	M.	M.	M.
Eigentlichen Bergarbeiter	3,25	3,62	4,44	4,84	4,17
Nebenerbeiter	3,17	3,29	3,43	3,64	3,55
Erwachsene über Tage	2,90	3,07	3,49	3,74	3,53

Nur die eigentlichen Bergarbeiter erlangten in den Jahren 1906 und 1907 einen Lohn von mehr als 4 M., sonst aber blieb er in den angeführten Jahren unter 4 M. Wenn davon noch Ersparnisse gemacht werden sollten, dann konnte das nur auf Kosten der einfachsten Lebensbedingungen vor sich gehen. Und das ist doch wohl etwas zu viel verlangt!

Wie hoch die Löhne sein müssen, um nach berggrätlichen Ansichten auskömmlich zu sein, lesen wir aus dem Bericht aus St. Beuthen:

„Daß die Löhne gut auskömmlich sind, geht daraus hervor, daß fortgesetzt Schichten unentgeltlich gefeiert werden.“
So lesen wir. Dabei betragen die Löhne pro Schicht im Gesamtdurchschnitt in St. Beuthen auf den Steinkohlengruben 3,43 M. (1907: 3,41 M.), auf den Erzgruben 2,59 M. (2,49 M.). Freilich, nicht alle Bergrevierbeamten ziehen solche Schlüsse, wie der Bergrevier in diesem Revier. Sein Kollege aus dem Nachbarrevier Pönnigshütte erzählt uns, daß hier meist auf allen Gruben fast zehn Prozent der Belegschaft teils entzündigt, größtenteils aber unentgeltlich von der Arbeit fernbleibt, nur auf der Grube Uthlandra nicht. Hier feierten täglich etwa nur ein bis zwei Prozent der Belegschaft. Die Ursache hierfür führt er mit auf die hohen Löhne und auf die Beihilfen, die die Arbeiter erhalten, zurück! Die letztere Ansicht klingt nicht nur angenehm, sie ist auch ganz entschieden richtiger, wie sie der Herr Bergrevier aus St. Beuthen zum Beiliegen gibt.
Ueber die Lohnverhältnisse spricht sich auch der Bergrevier aus St. Beuthen. In seinem Bericht heißt es:

„Auf einer Anzahl namentlich im Stadtgebiet gelegener Heiden haben sich die Wertschätzungen in auffälliger Weise erhöht. Es ist dies, neben mangelhafter Wirtschaftlichkeit mancher Frauen oder gar Kinder, auf die doch immer bestehende Feuerungs-Verhältnisse zurückzuführen, die sich mit den steigenden Löhnen verhalten, bei deren Mangel aber nicht in gleichem Maße abzusuchen. Der Zusammenstoß der Vergleiche in Konsumvereinen darf als ein Mittel zur Verbilligung der Lebensmittel und Haushaltsbedürfnisse angesehen werden. Gegen die hohen Mieten, über welche vielfach geklagt wird, kann aber nur allmählich ein Ausgleich durch eine gute Bodenpolitik und durch Ankauf von städtischen Häusern, wie es seitens der Städtischen Beden im Stadtgebiete in großen Umfang geschieht, sowie durch Erbauung von Arbeiterwohnungen außerhalb der Stadt geschaffen werden.“

Die Voranschätzungen haben sich erhöht! Die Unwirtschaftlichkeit mancher Frauen dürfte hiervon nur einen minimalen oder gar keinen Einfluß gehabt haben. Voranschätzungen sind meistens Folge: vorangegangener geringer Verdienste. Dazu tragen noch bei: Teuerung der Lebenshaltung durch hohe Lebensmittelpreise, hohe Mieten, hohe Abgaben. Was der Herr Bergrevier als Mittel vorzuschlagen, um die Lebenslage der Arbeiter zu heben bezug auf die Verbilligung der Lebensmittel und Haushaltsbedürfnisse herbeizuführen, kann nur teilweise helfen. Um wirkliche Verbesserung herbeizuführen, dazu bedarf es schon anderer, und zwar radikaler, die vorzuschlagen sich der Herr Bergrevier scheint. Namentlich sind seine Vorschläge eine Verbilligung der schlechtesten wirtschaftlichen Lage, in der auch die Ruhrbergleute jetzt leben. Wohlstand wird in den Berichten der Berginspektoren darauf hingewiesen, daß die Gruben sich bemühen, Lebensmittel zum Selbstkostenpreise an die Arbeiter abzugeben. Im Halberstädter Bezirk gibt es Gruben, die sogar Kleidungsstücke besorgen. Es hat den Anschein, als wenn ein solches Vorgehen schließlich den Werken mehr Nutzen bringt, als den Arbeitern.

Was sich die Berginspektoren über Unfälle im Bergbau wie über den Gesundheitszustand der Arbeiter auslassen, da zeigt es sich, daß die Beamten in der Beurteilung der Dinge sich nie früher, so auch heute gleichgeblieben sind. Nach wie vor heißt es durchweg, „der Gesundheitszustand ist ein guter“, auch dann, wenn die Zahl der Erkrankten weit über die Hälfte der Belegschaftsziffer ausmacht. So entfielen in St. Beuthen auf 17051 Mann Belegschaft 9625 Kranke, dennoch war der Gesundheitszustand „gut“. Wenn man sich doch endlich mit dem Gedanken vertraut machen könnte, daß der Gesundheitszustand kein guter ist, wenn im Jahr auf 100 Mann der Belegschaft mehr als 50 Erkrankungen vorkommen. Freilich, ist der Gesundheitszustand ein „guter“, braucht man sich über die Erkrankungen und deren Ursachen weniger den Kopf zu zerbrechen. Damit ist aber den Vergleichen gewiß nicht gedient. Wenn solche Urteile den Regierungen vorgelegt werden, muß der Ansporn für eine bessere Arbeiter- und Arbeitgebergesetzgebung hier ausbleiben.

Gesündigt wird unseres Erachtens auch mit den ewig gleichen Bemerkungen über die Wirkung der Frauen- und Kinderarbeit auf den Gruben. Nach Ansicht der Berginspektoren tragen die Frauen und Kinder gesundheitlich keinen Schaden von der Beschäftigung auf den Gruben. Und doch weiß jedermann, daß das Gegenteil der Fall ist, abgesehen von den sittlichen Gefahren, wie von solchen, die das Familienleben angehen. Man höre also endlich auf mit solchen Beurteilungen der Verhältnisse, die ganz dazu angetan sind, die Verantwortlichkeit treuzuführen. Nicht minder gefährlich — wenn wir dieses Wort gebrauchen wollen — sind die Darlegungen über die Unfälle, wenn sie sich in der Richtung bewegen, wie ein Bericht des Städtischen Bergrevierbeamten. „Bei sorgfältiger Beachtung der bergmännischen Arbeitsregeln und genauer Einhaltung der Polizeivorschriften werden sich die Unfallziffern ganz erheblich vermindern.“ Ganz recht! Daß aber die Arbeiter dann oft nicht das Salz auf dem Brot verdienen, davon weiß der Herr nichts zu sagen. So wie die Dinge heute auf den Gruben liegen, würde ein vor-schriftsmäßiges Arbeiten als passive Resistenz von den Grubenbesitzern aufgefaßt werden. Da sollte der Herr so gut wissen, wie wir, daß sich die Frage des vor-schriftsmäßigen Arbeitens mit dem Tage lösen wird, wo eine vernünftige Regelung der Lohnfrage im Bergbau begonnen hat. Kurz und gut, wie wir auch die Blätter in den Jahresberichten wenden, nichts finden wir, was auf eine Umwälzung der Anschauungen unserer Berginspektoren schließen läßt. Was wir vor zehn und mehr Jahren lasen, lesen wir noch heute. Das ewige Einerlei und was das schlimmste ist, diese Verankerung alter Lehren und Prinzipien muß zum Schaden der Bergarbeiter ausfallen. Wann wird das anders werden?

Die erste Lesung der Berggesetznovelle.

Die Novelle zum Allgemeinen Berggesetz ist bekanntlich im preussischen Landtag einer Kommission von 28 Mitgliedern überlesen worden und diese Kommission hat nunmehr die erste Lesung der Novelle hinter sich. Ueber ihre Tätigkeit haben die Grubenbesitzer alle Ursache zu jubeln. Haben es doch die Bergarbeiter-Feinde schon in der ersten Lesung fertig gebracht, eine ganze Anzahl Verschlechterungsanträge durchzudrücken, während sie Verbesserungsanträge fast durchweg ablehnten. Damit noch nicht genug. Die konservativ-nationalliberalen Herrschaften haben für die zweite Lesung weitere Verschlechterungsanträge angekündigt. Der Vogel ist ihnen in der ersten Lesung noch nicht genug gerührt worden. Genau arbeitet man nach den Beschlüssen und Rezepten der Bergwörergesellschaft vom 6. Januar. Die Berggesetznovelle soll sowohl gebracht werden, daß sie wirkt wie — „weiße Salbe“, d. h. gar nichts. Wer höchstens Nutzen ziehen wird, das sind die Bergrevierbeamten, die nach Unglücksfällen nicht in des „Teufels Küche“ geraten, wohl aber sich hinter der Verantwortung der Sicherheitsmänner verstecken können. Diesen teuflischen Plan haben wir aufgedeckt. Und das ist gut. Auch dem Gewerkeverband, dem „Bergknappen“, fängt es an aufzukommen, daß die Karre auf ein ganz anderes Geleise geschoben wird, wie es der Wunsch des Gewerkevereins war. Das Dreiklassenparlament sollte sich doch mit den Regierungsvorschlägen befassen, hier und da ein- oder zwei Verbesserungen bewilligen und dann Vertrauen gegen Vertrauen! Wir, die Gewerkevereinsleitung, werden dann mit um so größerer Begeisterung der Welt das Bild der Bergarbeiterverpflichtung bieten, werden uns dankbar erweisen nach alter Art! Und nun sehen die Gewerkevereinsführer wie verrückte Lohngewerber ihre Stelle weggeschwommen. — Schon in der ersten Lesung ist es so weit gekommen! Wir geben wörtlich

wieder, was der „Bergknappe“ in seiner Nr. vom 3. April über die Ergebnisse der Beratungen der ersten Lesung zu sagen hat.

„Die Vorlage wird in der letzten Sitzung die Bergleute nicht befriedigen. Mit dieser Tatsache muß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses und die königliche Staatsregierung rechnen. Die Regierungsvorlage war an und für sich ein Fortschritt gegen den bisherigen Zustand. Sie brachte eine Erweiterung der Rechte der Ausschüsse durch Beteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle, letztere in einer unvollkommenen Form. Aber es war doch ein Anfang. In diesem Punkte hat die Regierungsvorlage keine Verbesserung erhalten, die doch gewiß maßvolle Verbesserungsanträge wurden durch die konservativ-republikanisch-nationalliberalen Mehrheit gegen die Stimmen der anderen Parteien abgelehnt. Es wurde erreicht, daß die Einschränkung des Mitspracherechts nicht nur für das erste Jahr, sondern für die ganze Wahlperiode gilt. Einige andere kleine Verbesserungen sind ebenfalls gelungen. Dem stehen aber Verschlechterungen gegenüber, z. B. die indirekte Wahl des Arbeiterausschusses.“

In den Kommissionenberatungen zeigte es sich mehrfach, daß man auf vielen Seiten den Arbeitern mit recht viel Wohlwollen begegnet. Manche der gestellten Anträge waren von größtem Nutzen gegen die Arbeiter diktiert. Will man so das Vertrauen der Arbeiter gewinnen? Vertrauen gegen Vertrauen, ein anderer Weg ist nicht möglich. Man wolle doch bedenken, daß ein großer Teil der Bergleute sich auf den Boden der Vorlage stellt, im Gegensatz zu der das Gesetz abmachenden Partei der Sozialdemokratie und eines großen Teiles der Bergbesitzer. Das war ein Akt des Vertrauens. Jetzt wird dieses Vertrauen enttäuscht und gewaltig erschüttert, wenn nicht gar ganz weggerafft. Soll das der Erfolg dieses Gesetzgebungsaktes sein? Kann die Mehrheit des Abgeordnetenhauses oder die Regierung dieses wollen? Wären die Herren dieses bedenklich. Noch ist es Zeit.“

Wie jämmerlich und widerlich das klingt! Welt er die Ehrlichkeit der Bergarbeiter in ihrem Verlangen nach besserem Lebensschicksal hörte, glaubt der Gewerkeverein das Recht auf Vertrauen der Regierung und der reaktionären Parteien im Landtag sich erworben zu haben. Mit dem Hinweis auf den Gegenstand, der in der Forderung der Bergarbeiterorganisationen besteht, wolle der Gewerkeverein das Vertrauen der Arbeiter wieder erwerben! Wohl ist der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter gegen? Kein Funken von Solidarität, kein Gedanke daran, daß nur ein einheitliches Vorgehen aller Bergarbeiter in Deutschland noch retten kann, was zu retten ist. Nein, die Bergarbeiter müssen erst auseinander, dürfen sich nicht kennen lernen, nur so, glaube die Gewerkevereinsleitung, blühe ihr Weizen. Es ist gekommen, wie es zu erwarten war. Die Grubenbesitzer wollen die Hilfe des Gewerkevereins von sich. Ihnen genügt die Tatsache der Arbeiterverpflichtung durch den Gewerkeverein bei dieser Novelle, um selbst mit der Regierung und was sonst drum und dran hängt fertig zu werden. Die Gewerkevereinsleitung wird um eine Erfahrung reicher werden.

Wir haben uns von der Lohheit frei gehalten, das Vertrauen der Reaktion zu gewinnen. Wir kennen das Dreiklassenparlament, kennen die Grubenbesitzer, ihre Macht und ihre Arbeiterverachtung. Wir wissen, daß die Bergarbeiter ihren Weg zur Erfüllung ihrer Forderungen Zoll für Zoll schwer erkämpfen müssen. Wir wissen aber auch, daß nur dann etwas ersprießliches für die Bergarbeiter erzielt werden kann, wenn die Bergarbeiter und ihre Organisationen nicht Sonderinteressen über Allgemeininteressen stellen. Hier aber hat sich der Gewerkeverein stark verunbildet. Was sich da Gewerkevereinsleitung nennt, das hält sich entweder mit Gewalt die Hände vor die Augen, um nicht zu sehen, was vorgeht, oder aber es geht aus irgend welchen Umständen heraus direkt auf Täuschung der Bergarbeiter aus. Das letztere ist nach den Erfahrungen, die wir mit dem Gewerkeverein machten, eher anzunehmen, als das erstere. Vielleicht kehrt der Gewerkeverein noch um, nachdem wir den Schiller kritisiert, nachdem wir zeigten, daß das Grubenkapital den Zersetzungsprozess durch die Forderungen kommen, über sie stellt, wie sie begründet. Aus den Verhandlungen der Bergbau-Vereine im Palast-Hotel erfahren wir, daß der Verband bei den Grubenbesitzern wenigstens noch den Vorzug hat, ernst genommen zu werden, während man sich über den Gewerkeverein lustig macht, diesen mit den Sozialdemokraten zwar in einen Topf wirft, aber gleichzeitig Erklärungen abgibt, daß man vor den Vertretern des Gewerkevereins keine Bange zu haben braucht. „Die sagen nichts!“ Und dann wollen wir feststellen, daß nicht nur der Gewerkeverein, sondern auch das Zentrum die Forderungen des Berliner Bergarbeiterkongresses in der Kommission glatt unter den Tisch fallen ließ. Ja, als wären diese Forderungen Luft, als wären sie auch den Bergarbeitern nur zum Schaden! In einer solchen Stellungnahme kann es nur der Feindtum bringen. Wir werden uns das gründlich merken und noch darauf zurückkommen.

Das Schicksal der Vorlage war in der ersten Lesung schon entschieden, als sich die bürgerlichen Parteien, darunter das Zentrum und seine Bergarbeiterabgeordneten, dahin einigten, die volle Autorität der Unternehmer im Bergbau nicht zu gefährden. Nicht besser wurde es, als man gleichzeitig anfang die Frage des Bergarbeiterschutzes auf den Parteikarten zu laden, wobei auch die Arbeiterabgeordneten des Zentrums mitwirkten. Die Verhandlungen waren diktiert von der Angst vor der Sozialdemokratie, wo es sich doch nur um die gesamten Bergarbeiter handelt. Und so kam es, daß aus dieser Angst heraus auch die Anträge gestellt wurden. Die Herren Grubenbesitzer haben in Berlin im Palast-Hotel gut kalkuliert, als sie empfahlen, nur immer tüchtig mit dem „roten Lappen“ zu schwerten. Sie haben Erfolge damit erzielt. Gatt wurde der von dem Sozialdemokraten Letzert gestellte Antrag abgelehnt und zwar mit allen gegen Letzerts Stimme. Der Antrag lautete:

„Die Kommission wolle beschließen: An Stelle der Bestimmungen in den §§ 801 und 802, soweit sie die Sicherheitsmänner betreffen, treten folgende Bestimmungen:
Die Bergreviere werden in Kontrollbezirke eingeteilt und für jeden Bezirk ein aus der Mitte der beschäftigten Arbeiter gewählter Grubenkontrollleur bestellt. Die Bezirke dürfen nicht mehr als 200 Mann Belegschaft umfassen.
Der Grubenkontrollleur hat die innerhalb seines Bezirkes gelegenen Gruben und Tagebauten, sowie deren Nebenanlagen hinsichtlich der Sicherheit und Gesundheit der in ihnen beschäftigten Arbeiter zu kontrollieren und an den Untersuchungen über eingetretene Unfälle teilzunehmen. Die Verwaltung der von den Grubenkontrollleuren von dem Zeitpunkt der Unfalluntersuchung rechtzeitig Kenntnis zu geben.
Das Ergebnis seiner Befragungen hat der Grubenkontrollleur unmittelbar nach Beendigung der Befragung in ein von der Werks-

verwaltung nach den Vorschriften des Oberbergamts zu beschaffendes Jahrbuch einzutragen und der Bergbehörde sofort schriftlich zu stellen. Die Eintragungen sind mit Tinte zu bewirken. Bei der Eintragung darf der Grubenkontrolleur nicht beaufichtigt werden. Der Betriebsführer hat das Jahrbuch nach jeder Besichtigung einzusehen, er ist befugt, seine Bemerkungen zu den Eintragungen zu machen.

Die Jahrbücher sind in einem den Belegschaftsmitgliedern jederzeit zugänglichen Raum zur Einsicht für die Belegschaftsmitglieder und die Bergverwalter aufzuhängen.

Die Wahl der Grubenkontrolleure ist unmittelbar und geheim. Sie erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Dabei kann die Stimmgabe auf Vorschlagslisten, die bis zu einem vom Arbeiterausschuss festgesetzten Zeitpunkt vor der Wahl eingereicht sind, beschränkt werden.

Mahlberechtigt ist jeder volljährige, im Kontrollbezirk beschäftigte Arbeiter. Wählbar ist, wer 26 Jahre alt ist, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet, die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt, fünf Jahre als Bauer und ein Jahr aus der oder den Gruben des betreffenden Kontrollbezirks tätig war, in dem er als Kontrolleur gewählt wird. Die Wahlperiode beträgt mindestens ein und höchstens drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

Der Wahltermin ist vier Wochen vor der Wahl vom Oberbergamt bekannt zu geben und die Bekanntmachung sofort durch Anschlag allen Wahlberechtigten zugänglich zu machen.

Die Grubenkontrolleure erhalten ihre Veesolung aus der Staatskasse.

Mit der Abschaffung dieser alten Bergarbeiterforderung können die Bergarbeiter zunächst ruhig ihre Hoffnungen auf wirksame Verbesserung des Lebensschicks der Bergarbeiter fahren lassen. Die Zentrums-Bergarbeiter in der Kommission wollen ein „gutes Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter“ erstreben und darum stellen sie sich auf den Zentrums- und Gewerkevertragsstandpunkt, daß der wirksamste Arbeiterkontrolleur der sei, der abhängig vom Grubenkapital noch in Arbeit steht! Beseitige keine freigestellten Kontrollleure! Diese würden ja doch nur eine ähnliche Einrichtung bedeuten, wie die künftigen Einfahrer. Daß ein solcher Vergleich gänzlich hinkt, darüber brauchen sich christliche Gewerkschaftsführer den Kopf nicht zu zerbrechen. Sie sind zufrieden, wenn sie Gläubige finden, die ihnen diesen Unsinn glauben. Nein, um das „gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter“ nicht zu führen, muß die volle Autorität der Werksbesitzer gewahrt werden. Sklave muß der Bergmann bleiben. Nur das entspricht den christlichen Gewerkevertragsgrundsätzen. Die konservativ-nationalliberale Mehrheit zog hieraus die nötigen Rückschlüsse und brachte einen Antrag durch, wonach die Wahl der Aufsichtliche eine indirekte sein soll, die Bergarbeiter also sozusagen vor der Wahl ausgeschaltet werden. Das ist eine bedeutende Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes, entspricht aber vollauf der Stärkung der werksherrlichen Autorität! Und als der Sozialdemokrat Lehner die Anträge stellte, mindestens für jede Steigerabteilung einen Sicherheitsmann zu wählen und die Wahl der Arbeitervertreter für alle Steigerabteilungen gemeinsam nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorzunehmen, da holten die Zentrumsvertreter beide Anträge unter den Tisch trampeln! Das Zentrum lehnte auch den Antrag Lehners mit ab, der verlangte, daß alle zur Zeit der Wahl auf dem Bergwerk beschäftigten Arbeiter wahlberechtigt sein sollen. Wie berechtigt dieser Antrag war, zeigt sich darin, daß die Mehrheit in der Kommission beschloß, die Kosten für die Befahrung auf die Staatskasse, Werksverwaltung und Belegschaft (worunter alle Arbeiter fallen) abzuwälzen. Die einmalig beschlossene Befahrung bezahlt das Werk, die von den Arbeiterausschüssen beschlossene Befahrung die Belegschaft und die Begleitung des Bergverwalterbeamten der Staat! So lautet der Beschluß. Es wurde auch beschlossen, um weiter die Autorität der Werksbesitzer zu stützen, daß die Mehrheit der Arbeiterausschüsse von den Vergleichen gewählt, die Minderheit von der Werksverwaltung ernannt werden kann. Die Grubenbesitzer wollen sich eine sogenannte gelbe Schutztruppe zulegen.

Lehner beantragte bei Beratung der Vorlage über die Aufgaben der Sicherheitsmänner, nachdem die hierzu vorliegenden sozialdemokratischen Anträge abgelehnt waren, dann wenigstens die Befahrung wesentlich einmal vornehmen zu lassen, wie auch, daß die Begleitung des Sicherheitsmannes durch einen Aufsichtsbeamten erst auf Erfordern des ersteren stattfinden soll. Auch das wurde abgelehnt, ebenso der Zentrumsantrag, der eine dreimalige Befahrung vorschlug. Abgelehnt wurde ferner ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, daß auf Beschluß des Arbeiterausschusses mehrere außerordentliche Befahrungen im Monat stattfinden sollen. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag Lehners, der verlangte, daß der Sicherheitsmann bei den Eintragungen der Monitas in das Jahrbuch nicht beaufichtigt werden darf. Nur zwei Zentrumsstimmen fanden sich für den Antrag. Nicht besser ging es dem Antrag Lehners, daß die Jahrbücher auch durch die Belegschaft kontrolliert werden können. Auch hier stimmten Mitglieder des Zentrums dagegen. Das Zentrum stimmte auch gegen einen Antrag, der bezweckte, daß der Sicherheitsmann wie der Betriebsführer die Befugnis haben sollen, eine Abschrift der Eintragungen dem Bergverwalterbeamten zu übersenden. Wie weit es die konservativ-nationalliberale Mehrheit bringen will, zeigt sich, daß sie beantragten, daß der Sicherheitsmann auch insbesondere jede Ueber-

tretung der bergvollständigen Vorschriften durch die Arbeiter anzuzeigen habe. Also Bergverwaltern nicht für die Sicherheit der Arbeiter, sondern zur Beaufsichtigung der Arbeiter! Die Sicherheitsmänner sollen ihre Kameraden denunzieren, nicht aber die Grubenverwaltung.

Wir werden, sobald uns das Material vollständig vorliegt, auf die einzelnen Anträge und Beschlüsse noch zurückkommen. Die obigen Schlüsse genügen schon, um gezeigt zu haben, wohin die Reise geht! Mühsichtslos schließt man beiseite, was hunderttausende Bergarbeiter verlangen. Recht haben wir, wenn wir betonen, daß im preussischen Dreiklassenparlament nichts gutes für die Bergarbeiter geschaffen werden wird. Der christliche Gewerkeverein mag in und durch seinen Appell an das gegenseitige Vertrauen weiter hoffen. Wir haben die Hoffnung, daß das Dreiklassenparlament erprießliches für die Bergarbeiter schaffen wird, ja längst aufgegeben. Wie ein Mann sollten die Bergarbeiter und ihre Organisationen in ganz Deutschland fordern, daß die preussische Regierung ihre Vorlage zurückzieht und der reichsgesetzlichen Regelung überweist. Das Dreiklassenparlament sieht sich in seiner Mehrheit als Vollstrecker der im Palais-Sotel zu Berlin ausgeprochenen Wünsche der Grubenherren. Wer es darum ehrlich mit den Bergarbeitern meint, der hilft mit, daß die Pläne der Herrenmenschen zu Schanden werden.

Zum Lohübertrag der Anthrazitgräber in Amerika.

San Francisco, den 20. März 1909.

Am 31. März d. J. läuft der Lohübertrag der Anthrazitgräber Amerikas mit den Unternehmern ab. Ob es zu einem neuen Abkommen ohne offenen Kampf kommt, oder welche Gestalt dieses annehmen wird, kann zur Stunde nicht gesagt werden. Die Zeichen deuten eher auf Sturm. In Anbetracht der wohlorganisierten Vorbereitungen der Minenkompanien können Zuspaltungen kaum entsehen. Die Ansicht, daß ohne Arbeitsniederlegung die Arbeiterwünsche erfüllt werden, ist in Bergmannskreisen gering. Dessenhalb wird allerdings auf freudlicheres Wetter geteilt. Jedenfalls haben beide Parteien, Unternehmer wie Arbeiter, für den Kampf gerüstet. Sie können sich gegenseitig noch von früheren Wassergängen. Von ihrer Hartnäckigkeit und Ausdauer haben sie während des letzten Jahres keines Beweises genügend gegeben. Daß die Arbeitsniederlegung der 150000 Anthrazitgräber eine wirtschaftliche Skalamität ersten Ranges ist, braucht hier nicht besonders dargelegt zu werden.

Die Forderungen der Arbeiter haben zwei Kongresse der Union der Vereinigten Kohlengräber stipuliert. Es sind zumeist alte Wünsche, um deren Erfüllung die Arbeiter schon verschiedene Male vergeblich kämpften. Streng genommen, gehen sie kaum über die Forderungen des großen Streiks im Jahre 1902 hinaus. Damals wurde für die Arbeiter eine Erhöhung der Lohnsätze um 20 Proz. gefordert, und für die Zeitarbeiter eine Verkürzung der Arbeitsstunden um 20 Proz. Weiter wurde die Bildung eines Schlichtergerichts, gebildet von „uninteressierten Personen“ gewünscht, welchem alle Differenzen zur Entscheidung unterbreitet werden könnten. Allein das wichtigste Objekt war die Anerkennung der Organisation. Durch die Vermittlung des Präsidenten Roosevelt wurde, nach fünfmonatlichem Streik, die Arbeit wieder aufgenommen, unter der Bedingung, daß alle Differenzen von einer unparteiischen Kommission geregelt werden würden. Nach fünfmonatlichen Diskussionen und Untersuchungen berichtete dann jene Kommission (am 18. März 1903). Eine Lohnserhöhung von 10 Proz. für alle Kontraktarbeiter und für einige andere qualifizierte Berufsgruppen wurde gewährt; weiter auch eine Verkürzung der Arbeitsstunden für die Zeitarbeiter; die geltende Lohnskala erhielt wieder Geltung und ein Plan für die Anstellung von (der Organisation der Arbeiter bestimmten) Kohlenwäger (Obeck-Weighmen) entworfen. Weiter wurde ein permanentes Komitee, bestehend aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern, Einigungsamt (Board of Conciliation) genannt, eingesetzt. Ueber die wichtigste Forderung des großen Streiks, die Anerkennung der Organisation, eine Entscheidung zu treffen, glaubte die Kommission nicht für geraten. Sie betrachtete diese Sache als jenseits ihrer Jurisdiktion liegend. Allein, wenn nun auch nicht im Prinzip, so doch in der Form, in der Praxis fand die Organisation dennoch Anerkennung durch die folgende, die Bildung des Einigungsamtes betreffende Verfügung: „Falls eine Teilung der (Anthrazit-)Region in drei Distrikte vorgenommen wird, und in jedem eine Organisation besteht, welche die Mehrheit der Kohlengräber des betreffenden Distriktes repräsentiert, soll jeder Distrikt ein Mitglied für das Einigungsamt bestimmen.“

Es wird die deutlichen Vergleute interessieren, wieviel ihrer Kollegen in Amerika nun nach dem großen Streik auf Grund dieser Einigung verdienen. Der Versuch auf engem Raume exakte Lohnsummen zu geben, stößt auf Schwierigkeiten. Zum ersten spielt die Differenz in Minen, Flözen, Abbau usw. eine gewichtige Rolle; zum anderen wechseln die Lohnsätze und Zeitlohnsätze nicht nur von Distrikt zu Distrikt, sondern gar oft auch von Beche zu Beche.

Immerhin sei trotzdem einige Lohnsätze, aus einem Meier wenigstens, hierher zu setzen. Ueber den großen Lohdurchschnitt wird später in einem besonderen Artikel noch zu reden sein. Für heute kopiere ich aus der vielseitigen Lohnskala des Pittsburger Distriktes einige Zahlen. Es ist nicht unrichtig zu bemerken, daß in diesem Distrikt die Anthrazitgräber relativ gut organisiert sind — die Vereinigten Bergarbeiter haben in diesem rund 35000 Mitglieder — auch, oder eigentlich insolge dessen, rangiert er mit Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen mit an erster Stelle.

Es erhält der Handhauer (Pick Miner) in dünnen Wädem für gefesselte (1/2 zöllige) Kohle für die Tonne 8,78 Mk.; in diesen Wädem 2,19 Mk. Für die Maschinenhauer schwanken die Lohnsätze (gepreßte Luft) 10,50 Mk. und für alle andern Arbeiter 9,80 Mk. Die tägliche Arbeitszeit in der Mine ist von 7 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags, mit einer einstündigen Unterbrechung am Mittag.

Zur Illustrierung der sonstigen Konditionen setze ich folgende Sätze aus dem Vertrag hierhin:

Wird der Bergmann von seinem Vorgesetzten an andere Arbeit gestellt, so ist ihm pro Tag 10,75 Mk. zu zahlen. In seine Arbeit über der Erde und wird dem Arbeiter andere Arbeit gegeben, so ist die relative Skalarate zu zahlen. Der Lohn des Kohlenwägers wird durch das Lohnbureau halbmönatlich kollektiert. Die Summe wird durch prozentuelle Abzüge von den Löhnen aller Bergleute, welche beim Kohlenhauer beschäftigt sind, aufgebracht; und sie soll genügend sein für des Kohlenwägers Lohn und für die sonstigen legitimen Kosten seines Amtes.

Abzüge für Gewerkschaftsbeiträge sind durch das Lohnbureau zu machen, nach gegebener Autorität von jedem Mann in der Mine. Die Summe dieser Abzüge muß den Minen-Komitee übergeben werden, welches darüber zu antworten hat.

Wenn gefordert, wird die Kompanie eine Liste der zahlenden Leute aufzustellen. Keine Abzüge werden gemacht für Eintrittsgelder, wenn nicht ein diesbezügliches Abkommen zwischen Unternehmern und Minneuren zustande gekommen ist. Es darf weder Zwang noch Einschüchterung angewandt werden, um die Zahlung der Gewerkschaftsbeiträge zu sichern; jedoch, wenn Beiträge gezahlt werden, soll Abzug für Kohlenwäger, für Unfallversicherung, Sterbegeld, Miete und Schmelzbearbeit (Wiederarbeiten) folgen.

Die Basis zu diesem Vertrag des Pittsburer Distriktes wie auch für die anderen Abkommen im Anthrazitrevier wurde nach dem großen Streik (1902) gelegt. Seitdem sind nur minimale Verbesserungen erzielt worden. Vielfach wird auch über direkte materielle Verschlechterungen geklagt, oder über betriebstechnische Veränderungen, die, ohne den Wuchstaben des Kontrastes direkt zu verletzen, doch erhebliche Nachteile für die Arbeiter darstellen. An einen energischen Anlauf zur Verbesserung der Verhältnisse konnte oder durfte nicht gedacht werden. Entweder hielt man die wirtschaftliche Lage nicht günstig oder die gewerkschaftliche Bilanz zu schwach. Auf der Arbeitersseite schätzte man sich glücklich, wenn nur ein gleichsamer Frieden von Zeit zu Zeit zustande kommen konnte. Immer und überall gingen die Unternehmer mit zufriedenen Gesichtern von den Vertragsabschlüssen. Sie waren mächtig in der Form, zuweilen freundlich im Umgang mit den Arbeiterdelegierten. Sie konnten derartige Konzessionen umso leichter machen, da diese den Profit nicht tangierten. Die wirtschaftliche Prosperität und die ununterbrochene Steigerung aller Warenpreise garantierten den stotten Gang der Plusmacherei. Diesen Umständen ist es zu danken, daß die Arbeitervertreter mit freundlichem Händedruck empfangen wurden und daß eine Veräusserung unterblieb. Denn von einem offenen Kampfe lümmelten einer glänzenden Geschäftsperiode konnte dem Unternehmern kein Vorteil werden.

Anderer sieht die Sache der Arbeiter. Wenn sich nun auch ihr Barlohn nicht durchgehends vermindert hat, so doch überall dessen Kaufkraft. In den letzten sechs Jahren sind die Preise der notwendigsten Lebensmittel um rund 40 Prozent gestiegen. Diese Differenz zwischen Bar- und Reallohn hat durch Unterkonsumtion heilighen werden müssen. Dazu ist nun noch eine große durch die Krise hervorgerufene allgemeine Misere gekommen. So hat sich die Lage der Bergarbeiter während der letzten sieben Jahre konstant verschlechtert. Und jetzt können sie kaum auf eine sichtbare Besserstellung hoffen. Die wirtschaftliche Lage verblet große Hoffnungen. Ihre Wünsche bewegen sich in bescheidenen Grenzen, gehen kaum über die des Jahres 1902 hinaus.

Laut Beschluß des letzten Kongresses haben als Basis für den kommenden Vertragsabschluss die folgenden Normen zu gelten:

1. Vollständige Anerkennung der Organisation als die Vertretung der kontrahierenden Arbeiter und daß der Organisation das Recht zuerkannt wird, irgend eine Methode festzusetzen für die Emsammlung der Mitgliedsbeiträge.

Einige Betrachtungen über den Alkoholmissbrauch, unter besonderer Berücksichtigung der Glabbeder Verhältnisse.

Wer mit offenen Augen in den Sumpf unseres industriellen Glanzes hinablickt, wer mit Frauen und wehem Herzen die ganze Jammermisere, die sich dem Beobachter der heutigen Massenqual darbietet, an sich vorüberziehen läßt, der wird finden, daß die verschiedensten Faktoren die Ursachen dieses Unglücks sind. Den Grundmotive, den Fundamenten dieses unheilbaren Zustandes, welche in der rein politischen-ökonomischen Sphäre liegen, nachzuspüren, soll nicht Aufgabe vorliegender Abhandlung sein. Diese Momente sind uns ja alle bekannt, wenn sie sich uns täglich in den großen Umwälzen der kapitalistischen Umwälzungen zeigen. An der Beseitigung dieser furchtbaren Zustände arbeiten wir ja schon stündlich durch die parlamentarischen und organisatorischen Reformaktionen. Aber diese verhältnismäßig indirekte Aufgabe unseres Kampfes gegen die unbillige Gegenwarts-Sklamität kann recht wirksam durch direkte Hilfsmittel außerhalb des allgemeinen Organisationsrahmens unterstützt werden, und zwar durch die in der Einzelpersonlichkeit liegende Kraft. Eine bestimmte Form der Ausübung dieser Kraft sehe ich in der ersten Aufgabe des Abstinenzgedankens. Gerade die alkoholische Enthaltungsmittel gibt nur die Gewähr einer stets bereiten, stets zuverlässigen Arbeitskraft, die bei der Minierarbeit gegen den Weltfeind Kapitalismus abzuwehren vorzuden sein muß.

Deshalb verfährt es gar nicht, die Frage in unsern Fachorganen mal zu beleuchten, zumal länger die Behandlung der Alkoholfrage in unseren Spalten wenig Raum und Liebe fand. Vielleicht lächelt die reaktionelle Zukunft nun etwas freundlicher in dieser Beziehung, ist doch die hervorragendste riesige Konsumtion des Alkohols ein typisches Merkmal des Gruben- und Bergarbeiterlebens. Warum soll dies verschwiegen werden? Meine persönlichen Beobachtungen erlauben mir, einige düstere Feststellungen innerhalb der Milieukreise des Glabbeder Distriktes hier zur Kenntnisnahme vorzulegen.

In nächster Nähe Glabbeder produzieren sechs Brennereien nicht zu unterschätzende Quantitäten des verfluchten Fuhelgiftes. Früher beteiligten sich sämtliche Brennereien am Detailverkauf, jedoch durch Beschluß des Glabbeder Wirtvereins kam es zu einem Verbote über alle Brennereien, welche unter 21 Liter an bierische Käufer abgaben. Augenblicklich trotz noch eine einzige in Dorsten liegende Brennerie dem Anstehen des Glabbeder Wirtvereins. Und diese Brennerie ist nun das tägliche Ziel einer Anzahl Berufskollegen, die mit zehn, fünfzehn, ja selbst zwanzig Liter fassenden Flaschen nach dem schauerlichen, modernen Tempel des Alkoholgottes pilgern. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, eine solche unheilbare Kumpelwanderung achternmäßig festzuhalten, und es ergaben sich nach meinen Notierungen folgende Zahlen:

	Mann	Mutmaßliches Literquantum
Montags	27	205
Dienstags	13	90
Mittwochs	18	125
Donnerstags	34 (Feiertag)	285
Freitags	68	400
Samstags	53	300
	213	1465

Rechnen wir nun zu diesen 213 Personen die gleiche Anzahl als Mitgeweinde hinzu, die nicht zu niedrig gegriffen noch hinter den Käufers steht, so ergibt sich auf den Kopf genau 3,4 Liter. In der Regel wird die Quantumsvermehrung vierzehntägig wiederholt, doch weiß ich eine Reihe von Fällen, wo diese Neubeschaffung sogar wöchentlich vorgenommen wird. Der Preisatz pro Liter beträgt, in oben angegebenen Quanten in der Brennerie eingetauscht, 60 Pf. Also ungefähr 870,00 Mk. wandern vierzehntägig, nur auf das geographisch engbegrenzte Glabbeder berechnete, in die Taschen der unerfährlichen Schnapskneuer, zum Zweck geistiger und körperlicher Verwilderung unserer Bergarbeiterbrüder. Nach bestmöglicher Beurteilung rejustierten sich 2/3 der Konsumenten aus polivischer, 1/3 aus schlechterer und sonstiger Volksjahrung. Noch ein weiteres unheilbares Symptom für die weiter uns sich greifende Alkoholverwilderung ist darin zu erblicken, daß auch viele Frauen ungeniert mit der Korbfasche den Wirtstisch für ihre Männer herbeibringen helfen. Frauen sollten es überhaupt ablehnen, ihren gewöhnlich später nachfolgenden familiären Ruin mit herbeischaffen zu helfen. Ihre Würde als Frau und ihre Bedeutung als Wirtschaftlerin gibt ihnen das Recht dazu. Welch ein trübes Beispiel alkoholischer Aktivität! Und das in dem örtlich engbegrenzten Glabbeder allein. Doch was bedeuten obige Zahlen im Organjah zu dem riesigen Lokalverbrauch, wie er täglich nach per Glas und Flasche vor sich geht? Er sparen wir uns, die beschämenden Bilder hier zu erneuern, wie die reale Umformung sie uns fast stündlich, wie ein Naturwunder produziert. Es ist eine erbarmungslose Tragödie, wo die Beteiligten am Ende wie Menschenfemmen in dem Fuhelsump verereln, wo die Frauen hungergepeinigt, gepörrgelt für den Lafterhang des Gatten mitbüßen müssen, ja schließlich durch die Not und das Wattenbeispiel, noch selbst in dem Sumpf erstickten. Wo die Kinder verhungert und verlornt in den meisten Fällen das Schangetränk für den Vater selbst herbeischaffen müssen, um dafür auf die Dauer entmenslicht, verroht und brutalisiert zu werden. Ich habe einmal mit blutendem Herzen einem fünfjährigen Knaben das leise Selbstgespräch abgelauscht, wie er mit drei Flaschen beladen, zur Schenke humpelte und dabei die Schnapsbezeichnungen auseinanderhielt, um sie nicht zu vergessen. Dabei lebte die Säugermutter der Eltern überreichend auf seinem abgemagerten Körperchen. Vieles Kind hat mir besonders weh getan, obwohl das tägliche Beispiel die Gefühle für bezuglichen Szenen mehr und mehr abtörrte. Und was das schlimmste noch mit ist, dergleichen alkoholisierte Menschen gehen in der Regel für jedwede Organisation verloren. Sie gehen meistens vollständig auf in

der Verdringung ihrer unglücklichen Gewohnheit. Ein jeder Versammlungsbefucher kennt ja die häßlichen Bilder aus eigener Anschauung, wenn schon ein angetrunkenes Mitglied den geordneten Verlauf der Verhandlung durch unpassende Zwischenrufe und Neben sätze und dem durch den Alkohol ausgepeinigten Temperament zwanglos die Zügel schiefen läßt. Um nun von vornherein dem Einwand zu begegnen, daß obige Bemerkungen nur für den chronischen Alkoholisten berechnet seien, halte ich es für geboten, auch dem sogenannten „mäßigen“ Alkoholgenuß ein warnendes Wort hinzuzufügen. Durch die äußerst streng und objektiv gehaltenen wissenschaftlichen Forschungen des rühmlichst bekannten Psychologen und Naturforschers Prof. Dr. Aug. Forel (Schweiz) erfahren wir, daß auch die kleinsten Dosen Alkohol (zumal täglich genossen) eine vergiftende Wirkung auf die Lebenskräfte der Individuen hinterlassen. Nicht nur in Sünaps, sondern auch in Wein und Bier wirken die verderblichen Folgen der Trinker verborgen. Mit Recht sagt Dr. Aug. Forel hierzu in seiner Broschüre „Bewährte Mittel zur Bekämpfung des Trinkerebens“ Seite 10:

Wir haben aber dadurch zugleich bemiesen, daß nicht alle Menschen (gemeint sind die von der Trunksucht geheilten M. N.) die sie an und für sich schlechter waren als die anderen, sondern wirklich nur Opfer unserer geistlichen Erntegewinnhaber, oft verbunden mit einer gewissen Resistenzschwäche ihres Nervensystems sind. Wenn so sehr viele Menschen durch den Alkohol herab tief sinken, wird man auch im Ernst glauben, daß die angeblich mächtig trinkende Gesellschaft durch den gewöhnlichen Alkoholgenuß keinen Schaden leidet? Diese einfache Ueberlegung hätte, scheint es mir, jeden denkenden schon lange, auch ohne alles, was schon gesagt wurde, zur entscheidenden Antwort: „Nein, das ist rein unmöglich!“ führen müssen.

Die Untersuchungen Kraepelin's und seiner Schüler, besonders aber die neuen Nachweise Kottlitz's haben festgestellt, daß auch mäßige Dosen unserm Gehirn, unseren Keimzellen und der ganzen Maschschädlich sind.

Die chemischen Feststellungen ergeben allerdings bedeutend herabgesetzte Alkoholprozent des Bieres, Weines usw. gegenüber dem Alkoholprozentatz des Schnapses, aber die täglichen Beobachtungen lehren uns, daß der Ausgleich beim Bier und Weinsäufer dadurch zu stande kommt, daß sie erheblich größere Quanten zu sich nehmen, als der Sünaps-Alkoholiker. Nur zeigt sich der Gebrauch der ersten Qualitäten weniger etelhaft als der letzteren. Aber darum auch gefährlicher, weil sie nicht „salonfähiger“ sich aufspielen, und die Verbreitung sich dadurch angenehm einschulbigen läßt.

Die relative Verumpfung unserer Grubenarbeiterschaft liegt in der Hauptsache darin, daß die irtige Meinung der meisten sich vorgangelt durch mäßige Mengen von Bier (Wein kommt ja hier in äußerst seltenen Fällen in Betracht) sich zum Teil physisch aufzubessern. Nichts von dem ist wahr. Der etwaige Nährwert der Bier- und Weinarten wird durch dessen schädliche Wirkung auf die Keimzellen direkt aufgehoben. Darum muß etwas geschehen, das diesem Alkoholübel Einhalt gebietet. M. Raab

2. Achtstundentag ohne Lohnkürzung.
 3. Alle gefördertete Kohle wird per Tonne von 2000 Pfund bezahlt.
 4. Eine bestimmte und mehr uniforme Lohn- und Preiskala für alle Arten Arbeit auf allen Minen der Anthrazit-Region; für alle Arbeiter, welche 1,50 Dollars und weniger pro Tag erhalten, eine Erhöhung von 10 Prozent; für die, welche 1,50 bis 2 Dollars erhalten, eine solche von 5 Prozent.
 5. Das System, wonach ein Kontrakt-Mineur mehr als einen Acker und mehr als zwei Helfer hat, ist abzuschaffen.
 6. Die Unternehmer sollen uniforme Lohnzettel verwenden, auf welchen die Namen der Kompagnie, der Besche und der Arbeiter verzeichnet sind, als auch die Lohnsumme und die Art der verrichteten Arbeit.
 Während der Unterhandlungen darf die Arbeit nicht niedergelegt werden. Damit soll so lange gewartet werden, bis jede Auesicht auf Entigung bezw. auf Bewilligung der Forderungen geschwunden ist. Der Vorstand der Organisation wurde autorisiert, Extrabelträge nach Ermessen auszusprechen.
 Diese Forderungen erläutern sich selbst. Sie sind ebenso beschaffen wie berechtigt. Nur eine muß bei jedem Gewerkschaftsmanne schwere Bedenken nachrufen. Es ist die Methode der Ein-sammlung der Gewerkschaftsbeiträge. Jene Norm verkündet die Absicht, das Rechenbureau mit der Einlassierung der Gewerkschafts-einklagen zu betrauen. Diese Art Beträggsammlung fördert neben der Demokratisierung der Mitglieder und Gewerkschaftsbeamten auch noch andere, nicht übertriebungs-fähige Gesfahren. Man denke nur an einen (partiellen) Streik. In einem solchen Falle hat es das Unternehmertum in der Hand, die Gewerkschaftsmaschine still zu setzen, die Kollektierung zu verweigern, oder die Gelder nicht abzuliefern. Ein wirksames Mittel, die Unternehmer zur Erfüllung des Kontraktes zu zwingen, besitzt die Gewerkschaft nicht. Solch drohende Möglichkeiten scheinen die Verfasser der Forderungen nicht in ihrer ganzen Größe ermögen zu haben. Oder auch, sie halten die Vorteile größer als die Nachteile. Vorstelle erwachen der Gewerkschaft nun jedenfalls aus dieser quasi zwangsweisen Erhebung der Beiträge, denn sie garantieren volle Mitgliederlisten. Daß sie aber bei ersterer Gelegenheit zum troja-nischen Stroh werden können, bedarf keiner besonderen Betonung. Auf die Erfüllung dieser Forderung soll unter keinen Umständen verzichtet werden, sagen die Gewerkschaftsführer.
 Zur Zeit reisen die leitenden Leute der Bergarbeiter im werten Lande umher, hier die proletarische Phalanx in Kampfbereitschaft stellend, dort die Unternehmer zur gemeinschaftlichen Lohnkonferenz einladend. Ueber das Resultat dieser Arbeit werde ich feinerzeit berichten.
 Chagrin.

Die „Sicherheitsmänner“ im Reichstag.

In der Sitzung vom 1. April nahm der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Kamerad **Sachse** die Gelegenheit wahr, den Staatssekretär **v. Bethmann** **Sollweg** zu befragen, wie er sich zu der Geheimkonferenz der Bergwerksbesitzer in Berlin stelle. **Sachse** ging dabei auch auf die Frage der Sicherheitsmänner ein, den Standpunkt vertretend, daß die Regierung sich dem Willen der Bergwerksbesitzer entgegenstellen müßte. Die Befragung war in der abgelaufenen Session um so notwendiger, als schon der Reichstagsleiter bei früherer Gelegenheit sich um eine Antwort gedrückt hatte. Die Vertreter der Bergarbeiter aber haben die Pflicht, nicht nur eine Regierung auf die geheimen Pläne der Bergwerksbesitzer aufmerksam zu machen, sondern sie haben auch die Pflicht wie das Recht, Minister zu befragen, ob sie sich dem Willen der Bergwerksbesitzer begeben wollen. Gerade jetzt, wo die Grubenbesitzer ihr Eisen schmieden.
 Wie es scheint, waagt man in Regierungskreisen aber nicht gegen den Werkkapitalistischen Stachel zu ledern. Die Grubenbesitzer sind Krampf. Doch lassen wir aus dem Reichstagsdienogramme folgen, was **Sachse** zu sagen und der Minister zu antworten wußte.
Sachse: ... Nun komme ich zu dem Punkte, zu dem ich mich eigentlich zum Wort gemeldet habe.
 Der Herr Staatssekretär hat am 24. November, als hier die Interpellation der Bergarbeiter, das Kabbobungslid betreffend, besprochen wurde, uns ein Versprechen gegeben, und ich möchte ihn heute um Aus-lauf bitten, wie weit das Versprechen eingelöst ist.
 Der Herr Staatssekretär hat feinerzeit zu dem Standpunkt genommen, was der Herr Handelsminister im preussischen Landtag schon in Aussicht gestellt hatte, nämlich, daß Arbeiterkontrollen oder, wie sie dort genannt werden, Sicherheitsmänner eingeführt werden sollen, zunächst für Preußen, und er fügte dann hinzu:
 Ich werde gleichzeitig die preussischen Pläne zum Gegenstand der Verhandlung mit den übrigen am Vergbau unmittelbar interessierten Bundesstaaten und den Reichsländern machen.
 Wir haben bisher nichts von einer derartigen Konferenz gehört, und deshalb richte ich an den Herrn Staatssekretär die Frage, ob eine solche Konferenz stattgefunden hat, und in welcher Weise sich die Vertreter der Bundesregierungen ausgesprochen haben; denn inzwischen hat der Reichstag die zweite Lesung des Reichstagsbeschlusses des Innern, überhaupt des Staats, erledigt und hat beim Reichsamt des Innern eine oder mehrere Reso-lutionen angenommen, teils teilweise, teils vollständig, die an die Reichs-regierung die Bitte richten, daß ein Reichsberggesetz geschaffen wird. Namentlich aber — ich will mich auf diesen Punkt allein beschränken — ist ein Teil unseres Antrages Nr. 1148 angenommen worden, welcher lautet:
 Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu eruchen, nachstich bald dem Reichstag ein Reichsberggesetz vorzulegen. Dieser Beschlussewurf soll in bezug auf die Arbeiter hauptsächlich folgende Vorschriften enthalten:
 1. es sind Grubenkontrollen anzustellen, welche von den Arbeitern aus ihrer Mitte mittels geheimer Wahl gewählt und vom Staate bezahlt werden.
 Dieser Teil der Resolution ist damals mit großer Mehrheit angenommen worden; nur ein Teil der Konservativen hat dagegen gestimmt, die anderen haben fast samt und sonders für diesen Teil der Resolution gestimmt.
 Deshalb bitte ich den Herrn Staatssekretär, weil die Frage akut und namentlich jetzt von großer Wichtigkeit wäre, weil der preussische Landtag mit einer Gesetzesnovelle, die sich auf diesem Wege bewegt, be-sucht wird, uns mitzuteilen, welche Stellung die Bundesregierungen zu dieser Resolution einnehmen bezw. ob sie überhaupt schon einen Stand-punkt dazu eingenommen haben.
 Diese Ausführungen des Herrn Staatssekretärs vom 24. November lassen erkennen, daß er nicht das System gutgeheißt und sich nicht dem System angeschlossen hat, das der Reichstag beschloß, sondern daß er das preussische System der sogenannten Sicherheitsmänner gut-geheißt hat. Er hat gemeint, wenn dieses System eingeführt würde, wenn diese Sicherheitsmänner das Vertrauen der Arbeiter genießen, daß es dann bei der verantwortlichen Mitarbeit der Arbeiterschaft nur dem Vorgehen von Vorteil sein könne. Er scheint also doch auf genau demselben Standpunkt gestanden zu haben, wie der preussische Herr Handels-minister feinerzeit gestanden hat und auch heute steht, und der auch der dem Landtage zugegangenen Gesetzesvorlage zu Grunde liegt.
 Nun ist aber von großer Wichtigkeit zu konstatieren, daß dieses System der Sicherheitsmänner die Bergarbeiter durchaus nicht befriedigt. Wir haben feinerzeit schon, als die Interpellation hier besprochen wurde, dazu Stellung genommen. Wir haben feinerzeit schon ausgesprochen, daß dieses System durchaus ungenügend sei, durchaus ungenügend sein müßte. Inzwischen hat der Bergarbeiterkongress vom 1. bis 3. Februar stattgefunden, und die in Arbeit stehenden Delegierten der drei oder vier Verbände, die dort vertreten waren, haben samt und sonders den Stand-punkt eingenommen, daß die Frage nicht landesgesetzlich, sondern reichs-gesetzlich geregelt werden solle, und daß man nicht solche Sicherheits-männer, wie sie im Saarrevier und im fiskalischen Vergbau Sachsens schon seit Jahren vorhanden sind, sondern man frei gestellte, vom Staate bezahlte, vollständig unabhängige Grubenkontrollen schaffen will. Inzwischen — das habe ich schon bemerkt — hat auch der Reichstag schon Stellung genommen und den Teil der Resolution, den ich verlesen habe, hier angenommen. Nun haben zeitlich die Grubenbesitzer inzwischen

ja auch ihre Konferenz gehabt, sie haben auf einer geheimen Konferenz, die sie vor der Konferenz mit dem Minister am 6. Januar abgehalten haben, wie mein Parteifreund Dr. David vor wenigen Tagen hier mit-geleitet hat — wir haben inzwischen auch dem Herrn Staatssekretär selbst ein Protokoll von dieser Geheimkonferenz ausgehändigt — und man kann dort sehen, welche feindselige Stellung die Bergarbeiter zu der Frage eingenommen haben. Ich glaube, wenn der Herr Staatssekretär die Bitte gehabt hat, dieses Protokoll zu studieren, wird er gefunden haben, daß er mit seiner Stellungnahme und im Verein mit dem Minister und der preussischen Regierung vollständig auf dem Polweg sich befindet, weil er nur einseitige Interessen damit vertritt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), nämlich das äußerste, was die Grubenbarone nachgeben wollen. Sie wollten die ganze Sache schmälern, wie Sie aus den Ausführungen meines Parteifreundes Dr. David gehört haben, sie wollten demonstrativ gar nicht zum Minister gehen, weil er sogar Sozialdemokraten zu dieser Konferenz geladen hat, dann aber wollten sie auch von diesem Sicher-heitsmännerkongress durchaus nichts wissen, und nur auf die süßen, be-rührenden Mitteilungen des bekannten Geheimrat Hilger haben die Herren dann mit Majorität für das Sicherheitsmännergesetz sich aus-gesprochen. Ich meine, die Ausrede, die dort stattgefunden hat, müßte den Herrn Staatssekretär, wenn er nicht einseitige Interessen vertreten will, dazu geführt haben, daß er seinen Standpunkt vom 24. November ändert und sich dem Standpunkt nähert, den die erdrückende Mehrheit der Bergarbeiter selber sogar vollständig einseitig ver-treten haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)
 Ich werde später ein paar Worte verlieren, wie und warum das gekommen ist, daß diese Einseitigkeit nicht mehr vorhanden ist.
 Wenn wir die Ausführungen, die die Bergarbeiter der preussischen Vergbauvereine hier in geheimer Konferenz am 6. Januar gemacht haben, nachprüfen, so findet man, daß die Herren eine ungeheure Angst vor einer reichsgesetzlichen Regelung der Grubenkontrollenfrage haben, und ich werde mit Genehmigung des Herrn Präsidenten ein paar kurze Sätze aus dem Protokoll vorlesen, um zu zeigen, welche Angst vorhanden ist, und daß es die Pflicht der Reichsregierung und des Reichstags ist, diesen ein-seitigen Standpunkt der Grubenbarone zu durchkreuzen. Zunächst hat der Vergwerksdirektor **Edert** vom Grubenbezirk Waldenburg in Schlesien in bezug auf das Reichsberggesetz folgendes geäußert:
 Dieser Gesetzentwurf beruht meines Wissens auf einem Antrag der freikonservativen Partei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die freikonservative Partei hat die Absicht, damit der Verlesung der Vergesetzgebung im Reichstag, also einem Reichsberggesetz vor-zuzugehen. Sie will durch die Veränderung des Vergesetzes im Abgeordnetenhause beweisen, daß es nicht notwendig ist, auf dem Wege der Reichsgesetzgebung vorzugehen.
 In einer anderen Stelle bemerkt er noch:
 Da meine ich, müssen wir uns fragen: Ist nicht zu befürchten, daß trotz alledem die Sache vor dem Reichstag kommt? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren wissen ja alle, daß von der sozial-demokratischen Partei — das ist gar nicht wahr, von den Verbänden war der Kongress einberufen — zum 31. Januar ein großer Berg-arbeiterkongress einberufen ist, mit dessen Hilfe man darauf hinarbeiten will, daß ein Reichsberggesetz erlassen wird.
 In dem Sinne äußert sich also Herr Vergwerksdirektor **Edert**.
 Dann kommt Geheimrat **Waldmann**, Vorsitzender des Knapp-schaftsvereins Bochum aus Vachen, der äußert sich über die Frage:
 Gemüß ist es richtig, wenn der Herr Vorredner gesagt hat, daß wir jetzt den Kampf haben: Die Reichsberggesetz oder Landesgesetz. Aber gerade im Vergbau besteht bei den Regierungen der Einzelstaaten nicht nur in Preußen, sondern überhaupt bei den Einzelstaaten keine Meinung, diese Materie an das Reich abzugeben, und ich meine, wir Industriellen können erst recht darüber froh sein (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), daß die Bundesregierungen so denken und diese Materie nicht an das Reich abgeben wollen; denn zweifellos würde dann in Fundamentalfragen, die wir jetzt haben, und die unsere Industrie zur Wille gebrächt haben, eine entscheidende Veränderung eintreten. Weiter wird erreicht werden, daß bezüglich der Durchführung der Kontrolle des Reichsberggesetzes eine Mitwirkung des Reichstags eintritt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
 Also, meine Herren, eine ungeheure Furcht vor der Mitwirkung, vor der Kontrolle des Reichstags.
 Dann kommt Herr **Edert** in einer späteren Rede nochmals auf diesen Gegenstand und bemerkt:
 Was wird, wenn wir uns hier vollständig ablehnend verhalten? Ist zu befürchten, daß dann ein Reichsberggesetz kommt, oder glauben wir, hat genug zu sein, daß wir ein Reichsberggesetz verhindern können? Die Frage müssen wir uns vor allen Dingen vorlegen und über diese müssen wir vollständige Klarheit haben.
 Dann kommt Herr **Oberbergat Dr. Wackler** aus Oberschlesien und äußert sich zu dem Punkte Reichsberggesetz in folgender Weise:
 Nun ist es ja ein altes Mittel, das immer mit dem sogenannten Reichsberggesetz gedroht wird. (Geheimrat **Uthmann**: Sehr richtig! Ja, gedroht!) Ich persönlich habe den Ministern gegenüber mich schon dahin geäußert, wenn auch ein Reichsberggesetz einmal erlassen werden sollte, schlimmer könnte es nicht werden. (Sehr richtig!) Wir präparieren mit derartigen Gelegenheitsnovellen das allerhöchste Reichsberggesetz, das das vielleicht einmal kommen wird. (Geheimrat **Uthmann**: Sehr richtig!)

getragen haben; „das in Ordnung“ und sagt ferner, um es den anderen Herren, die in jener Geheimkonferenz opponierten, das Sicherheits-männergesetz schmadhaft zu machen: wir werden, wenn das System eingeführt wird, da geradezu entlastet; denn es ist uns gesagt worden — und das muß auch vom Ministerium geheißen sein —, daß, wenn wir die Sicherheitsmänner niemals in Saarbrücken nicht gehabt hätten, wir bei dem Rechner Unglück in Zeuzfeld hätte geraten wären. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das können nur die preussischen Beamten im Ministerium oder Revierebeamte gesagt haben.
 Schon aus diesen Äußerungen sehen Sie, wie ziemlich wertlos da dieses System der Sicherheitsmänner sein wird. (Abgeordneter **Hue**: Einseitig ist es!), daß die Arbeiter sich mit einem solchen System nicht einverstanden erklären. — Es wird mir hier zugestanden, daß dieses System geradezu gefährlich sei. Ich kann mich dieser Auffassung nur an-schließen; denn der Sicherheitsmännergesetz sich eine große Schuld und Verantwortung aufhaken, es wird ihm die Schuld zugeschoben, wenn irgend einmal etwas passiert. Wie soll denn ein solcher Sicherheitsmänner — das müßte ich gerade den Herren vom Zentrum, ich sehe zu meiner Freude Herrn Kollegen **Ermborn** hier stehen, besonders ins Gewissen reden — etwas erreichen können, wenn er von denselben Beamten, den er kontrollieren soll, abhängig ist! (Sehr richtig! bei den Sozial-demokraten.) In welchem Betrieb haben Sie ein derartiges System, in welchem Betrieb kann es nützlich sein? Der Arbeiter ist also, namentlich zur Zeit der Krise, der Arbeitslosigkeit, vollständig vom Werk abhängig; und wenn er sich da muß, wenn er nicht nach der Pfeife tanzt, Herr Kollege **Ermborn**, dann braucht man kein Abhängigkeitssystem. (Zuruf aus der Mitte.) — Ach, die Bergarbeiter wissen ganz genau, wie das gemacht wird. Ich habe in Versammlungen gesprochen, habe die Arbeiter gefragt: glaubt ihr denn, wenn in dieses Vergesetz hineinkommt, daß dem Arbeiterkontrollen nicht gefürchtet werden darf, sicher zu sein, daß er sich frei entfalten kann, daß er dann richtig durchdenken kann, damit die Missethäter bestraft werden, und das dadurch irgend welche Unbestände aus der Welt geschafft werden, damit Unfälle nicht passieren? Da antworteten die Arbeiter: Wir wissen doch, wie es gemacht wird.
 Und nirgends, meine Herren, ist es leichter, Arbeiter hinauszumahren, als gerade im Vergbau. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da haben wir kein so festes Akkordsystem, wie in Fabriken und auf anderen Arbeitsplätzen. Im Vergbau herrscht das sogenannte Bedingensystem, das sehr willkürlich ist. Der Arbeiter hat meist gar keinen Einfluß auf den Abschluß des Bedingens; denn es gibt in jeder Grube eine Anzahl sogenannter Schindluder, wo man die Arbeiter hinovertet, denen man nicht grün ist; sie können nicht nur mit dem Bedingens-system gequält werden, sondern sie werden vor solche gefährliche schwere Arbeit verlegt. Da kann zwar ein Signal im Gefech stehen, dem Sicherheits-mann darf nicht gekündigt werden, — der Mann geht von uns selbst, man macht ihm das Leben so sauer, daß er es nicht mehr aushalten kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Fragen Sie (nach der Mitte) Ihre christlichen Arbeiter; die werden Ihnen das selbe sagen, was ich Ihnen schon ausgesprochen habe. (Zuruf aus der Mitte: Die sagen etwas ganz anderes!) — Die sagen nichts anderes! Ich behaupte, Sie werden Ihre staunen Wunder erleben. Was hat jetzt Ihr Arbeitersekretär **Hüstis** in Saarbrücken gesagt? Er hat bei der Wahrgelung eines Ausschussmitgliedens **Mauer** ausgesprochen, daß das selbste Unfälle gebe für ein Sicherheitsmännergesetz, das nun ein-geführt werden soll. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gerade in Saarbrücken hat man die traurigsten Erfahrungen gemacht mit diesem Sicherheitsmännergesetz. Ein Hilfsmittel für die Arbeiter ist es jedenfalls nicht. Sie wissen aus dem Hilger-Krümer-Prozess, daß, was die Sicherheitsmänner dort unter Eid auszusagen, sie nur infolge von Drohungen nichts in das Kontrollbuch eingetragen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wird nicht der einzige Fall gewesen sein, das wird öfter vorkommen sein. Erst werden die Arbeiter eingeschüchtert, ihren Beamten ja keine Vorschriften zu machen, und zweitens, wenn sie das trotzdem tun, wird man sie schon beim Stanthaus nehmen, wie wir uns ausdrücken pflegen.
 Dann zeigen die Ausführungen des Herrn **Oberbergat Dr. Wackler**, was man mit dem Sicherheitsmännergesetz vor hat. In jener geheimen Konferenz am 6. Januar läßt er durchblicken, wie man im preussischen Ministerium sich darüber ausgesprochen hat. Er sagt — ich darf das wohl verlesen —:
 Meine Herren, diese Einführung der Kontrollen wird ja eigentlich nicht als notwendig von der Regierung hingestellt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), sondern es heißt immer nur: Gott, das schadet ja nicht, es soll gewissermaßen für euch Bergwerksbesitzer nur ein Mittel sein, und die Einführung solcher Kontrollen ist ja gewissermaßen eine Kulisse resp. eine Entlastung für eure Verantwortlichkeit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
 So, meine Herren, sieht die Verhältnisse aus; deshalb sollten namentlich Sie, Herr Staatssekretär, doch noch rechtzeitig Ihren Standpunkt ändern. (Lust rechts: Schluß!)

Meine Herren, es ist auffällig, daß der Standpunkt Ihrer christlichen Gewerksvereine sich so schnell geändert hat. Am 27. Dezember 1903, am dritten Weihnachtsfesttage, hat der Landtagsabgeordnete **Zimbisch** im Nachener Revier eine Vergarbeiterverammlung abgehalten, wo er den Standpunkt einnahm, daß frei gestellte Grubenkontrollen, nicht von Arbeitgebern abhängige, also vom Staate bezahlte angestellt werden sollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der zweite Vorsitzende des Gewerksvereins hat früher in einer Resolution denselben Standpunkt vertreten; der christliche Gewerkschaftssekretär **Walter** von Welfenrich hat gleichfalls denselben Standpunkt öffentlich vertreten, und jetzt, vom 27. Dezember bis zur ersten Beratung des Etats im Landtage, ist **Zimbisch** im Landtage plötzlich umgeschwenkt. Das muß doch eine gewisse Verwandnis haben. Da kann ich wohl getrost den Verdacht aussprechen, daß ihm in der preussischen Zentrumskon-ferenzen das Rückgrat gebrochen ist, ebenso wie man es dem Ab-geordneten **Wust** gebrochen hat, der früher öfters auch mit uns durch bid und dünn in verschiedenen Fragen gegangen ist, den aber, als er in den preussischen Landtag eingetreten war, seine eigenen Freunde aus dem Gewerksverein einen Verräter nannten (Hört! hört! bei den Sozialdemo-kraten), indem ein Arbeitgeber die Arbeiterinteressen auch nicht schwerer schädigen könnte, als es der Abgeordnete **Wust** im Landtage jetzt getan habe.
 Nun sind hier Zahlen angeführt worden. Seinerzeit hat der Herr Handelsminister **Delbrück** hier Zahlen genannt dafür, welche ungeheure Kontrolle im Vergbau angeleitet würde. Rechnen Sie aber getrost die Zahlen ab, bei welchen Unfälle unterucht werden, wenn also der Vergarbeiter oder der Revierebeamte an die Unfallsliste kommt, wo ein Unfall passiert ist, um das protokollarisch aufzunehmen, so kann das keine Kontrolle, keine Revision genannt werden, wird hier aber getreulich über Revision eingetragen. Auch kommen die verschiedenen Revisionen aller Lage in Frage, die man ebenfalls abziehen kann, weil es keine Grubenkontrollen sind.
 Nun aber möchte ich einen klaffenden Reigen auführen, um zu beweisen, daß die Revierebeamten selbst der Meinung sind, daß sie gar nicht alles so revidieren können, wie es notwendig ist. Im vergangenen Montag fand in Bochum eine Gerichtsverhandlung statt. Einige Fahr-steiger und Vergarbeiter waren wegen fahrlässiger Tötung von Menschen angeklagt. Auf der Seite **Emischer** hatte am 21. Mai v. J. das Geleit geiffen und der **Storb** in die Tiefe gegangen, und infolge des Selbstbruchs verunglückten vier Vergarbeiter tödlich. Es wurde festgestellt, daß das Seil 200 Bruchstellen hatte. (Hört! hört! bei den Sozial-demokraten.) Da wurde dem königlichen Revierebeamten vom Staats-anwalt vorgehalten, wie das möglich sei, ob er denn nicht revidiert habe. Der Revierebeamte antwortete, daß bei einer Revierebelegung von 27 000 Mann eingehende Revisionen unmöglich seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sagt ein Fachmann, ein königlicher Beamter! Damit beweist er, was wir wiederholt behauptet haben, daß die heutigsten Revisionen noch lange nicht genügend sind (sehr richtig! bei den Sozial-demokraten) und daß eine große Wohltat geschaffen würde, wenn wül-dige Kontrollen aus Arbeiterkreisen hinzukämen.
 Meine Herren, wir haben aus den Landtagsverhandlungen gehört, daß man dort unbedingt gegen die reichsgesetzliche Regelung ist. Das haben die Bergarbeiter dort ausgesprochen. Leider müssen wir aber konstatieren, daß auch die Arbeitervertreter aus dem Vergbau dort die Arbeiterinteressen nicht so vertreten haben, wie es die Arbeiter wünschen. (Abgeordneter **Behrens**: Welche Arbeiter?) — Die große, erdrückende Mehrheit der Arbeiter! Wenn man in euren christlichen Mitgliederkreisen eine Entscheidung vor-nehmen würde, und sie sich über das ganze System der Sicherheitsmänner äußern könnten, dann würde ihr euer hieses Wunder erleben, Herr **Könige** **Behrens**! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle Bestrebungen müßte da nicht, das sind Tatsachen. Meine Herren vom Zentrum, wenn Sie es wirklich so ernst meinen mit der Arbeiterlage und mit der Verbesserung der Arbeiter-zustände, dann muß man sich doch sehr wundern, daß Sie einen der

Schlimmsten Scharfmacher, den Sie in ihrer Fraktion drüben im Abgeordnetenhaus haben, in die Vergesetzkommission hineingewählt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Graf Strachwitz soll wohl die Bremse sein, damit die Herren Zubusch, Bauermann und Genossen nicht über die Strafen zu schlagen können? Denn Kollege Reimborn wird in jener Kommission schon das vernünftige Gesicht darstellen und die Einigung herbeiführen.

Wie sieht es nun mit den Grubenkontrollen in anderen Ländern? Ist wohl es so kurz wie möglich machen und nur konstatieren, daß als im Landtag der Minister in der Vergesetzkommission von Gegnern dieses Systems interessiert wurde, so hatten geäußert, daß die Sicherheitsmänner und das System der Grubenkontrollen im Auslande keine guten Resultate gezeitigt hätten, der preussische Handelsminister selbst äußerte, daß zwar in Frankreich früher sehr gellagt worden sei aber die Grubenkontrollen, nachdem man sie aber unabhängiger gestellt habe, sei nicht nur das Vertrauen gewachsen, sondern auch die Unfälle hätten selbst eine starke Einschränkung erfahren, und man könne nicht mehr sagen, daß das System nicht gut gewirkt habe. Er schildert dann weiter die Zustände in England, Belgien, Oesterreich, Frankreich usw. Kurz und gut, man sieht hieraus, daß die unabhängigen Kontrollen im Auslande doch gut gewirkt haben.

Nun ist ja nicht nur vom Reichstag wiederholt beschlossen worden, ein Melchberggesetz einzuführen und Grubenkontrollen zu schaffen, sondern es ist auch wiederholt einmütig ausgesprochen worden, die Schichtzeit in ganz Deutschland einheitlich geregelt und auf acht Stunden herabgesetzt, das Knappschaftswesen, das Strafenwesen einheitlich reformiert und eingeschränkt werden. Wie sieht es mit den Schichtzeiten im europäischen Bergbau aus? Da möchte ich den Herrn Staatssekretär daran erinnern, daß wir in Deutschland und in Preußen die Schichtzeiten hintereinander sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bekanntlich ist in Belgien jetzt der gesetzliche Neunstundentag, einschließlich Ein- und Ausfahrt, beschlossen worden; in Oesterreich besteht die Neunstundenschicht schon seit acht Jahren, in England ist die Achtstundenschicht jetzt beschlossen worden, und in Frankreich tritt dieses Jahr noch die Achtstundenschicht für die Grubenarbeiter in Kraft. Sogar in Deutschland haben wir ein in Bezug auf den Bergbau kleines Bündchen — es hat nur 6000 bis 10000 Bergarbeiter —, Bayern, wo ebenfalls der Landtag die Achtstundenschicht beschlossen hat. Der Reichstag hat allerdings das Gesetz bisher nicht sanktioniert, wahrscheinlich gerade im Hinblick auf die Rückständigkeit des großen Preußen, das angeblich Deutschland in der Welt voranzuschreiten soll. Hinsichtlich der Fortschritte in der Vergesetzgebung, der Schichtzeiten usw. marschieren Preußen und Deutschland, wie gesagt, weit hinten nach, ist die Rückständigkeit Preußens und Deutschlands zu konstatieren.

Das ist ein anderes Moment möchte ich aus Oesterreich erwähnen. Dort hat man kürzlich eine Enquete über die Zustände im Bergbau veranstaltet, weil man daran ist, auch ein Berggesetz für ganz Oesterreich zu schaffen, vielleicht die Schichtzeit noch weiter zu verkürzen, Grubenkontrollen einzuführen usw. Da hat sich die österreichische Regierung nicht davon abhalten lassen, nicht nur Arbeitervertreter, sondern auch die Verhandlungsleiter (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), der österreichischen Union als Renner und Sacherwalter der Bergarbeiter zuzuziehen. Ich will hinzufügen, daß die Vertreter der österreichischen Union, mein Freund Jarolim und die anderen, sich genau so gut zur Sozialdemokratie bekennen, wie wir. Trotzdem ist Oesterreich nicht zugrunde gegangen, obwohl die Sozialdemokraten mit der österreichischen Regierung zusammen die in Aussicht genommene Vergesetzgebung beraten haben. Bei uns scheint kein Mensch mehr zu wagen oder darf es nicht wagen, Arbeitervertreter hinzuzuziehen, namentlich wenn sie vom freien, vom alten Verband sind und als Sozialdemokraten bezeichnet werden können. Auf solche rückständige Meinungen sollte die Regierung und sollte der Herr Staatssekretär gar nichts geben. Wie rückständig die Bergherren in ihren Ansichten sind, zeigt uns ja das genannte Protokoll. Dort sagen sie, sogar der Steigerverband sei eine höchst gefährliche Organisation (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und dieser Ansicht sei auch die preussische Bergbehörde. Wie kommt die preussische Bergbehörde dazu, den Bergherren zu sagen: wir sind mit euch einverstanden, dieser Steigerverband ist eine höchst gefährliche Organisation? Wenn den Scharfmachern im Bergbau noch von der Behörde der Mäden gestört wird, dann braucht sich die Behörde nicht zu wundern, wenn ihr von diesen Herren so übel aufgepfiffelt wird. Als Anfang Januar die Kollegen Behrens, Oehlers, Hue und meine Wenigkeit bei dem Herrn Staatssekretär waren, haben die Herren das auch erfahren, und sie werden dem Herrn Staatssekretär ganz gehellig den Kopf gewaschen haben.

Deswegen ist er wohl auch auf dem Bergarbeiterkongress nicht erschienen. Jedenfalls hätte es nichts geschadet, wenn der preussische Herr Handelsminister und der Herr Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg dort erschienen wären. Wenn heute die „Post“, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und andere reaktionäre Blätter schreiben, daß auf diesem Kongress verschiedene unrichtige Sachen vorgetragen worden sein sollen — ich kann das heute nicht nachprüfen —, so kann das ja einmal vorkommen; es kann einem Delegierten, wenn ihm etwas mitgeteilt wird, was er nicht selbst erlebt hat, wohl einmal eine kleine Unrichtigkeit unterlaufen. Aber wenn man aus den dreitägigen Verhandlungen nur so ein paar kleine Sächgen mit angeblichen Unrichtigkeiten mitteilen kann, dann muß die Untersuchung, die der Bergbauverein angestellt hat, kläglich ausgefallen sein.

Ich möchte dann den Herrn Staatssekretär noch um Auskunft bitten, ob er seinen Standpunkt vom 24. November nicht geändert hat, oder ob er sich durch die Stellungnahme der Bergherren vom 6. Januar so weit hat einschüchtern lassen, daß er das Gute und Richtige der Arbeiterwünsche nicht anerkennen will. Die Arbeiter wünschen, daß Grubenkontrollen von den Arbeitern frei gewählt und vom Staate bezahlt werden; sie wollen aber keine „Sicherheitsmänner“, die so vollkommen abhängig sind. Nun könnte mir ja erwidert werden, wenn solche Grubenkontrollen eingeführt würden, so würden das Einfacher zweiter Klasse sein. Wer das sagt, irrt sich ganz gewaltig. Diese Grubenkontrollen werden ja nicht vom Staate angestellt, sondern sie sollen von den Arbeitern gewählt werden, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Deswegen ja die Wahl. Wenn sie nicht die Arbeiterinteressen vertreten, indem sie den Arbeiterschutz fördern, dann werden ihnen die Arbeiter bei der Wiederwahl einen Stich geben und sie nicht wiedermöhlen. Wenn aber das Reichsamt des Innern sich wirklich so von den Arbeitgebern einschüchtern ließe, wie ich vorhin bemerkte, so wäre das ein bedauerlicher und verkehrter Standpunkt; denn die Regierung ist doch nicht allein dazu da, die Interessen der Grubenherren zu vertreten, sondern auch die Interessen der Arbeiter. Bei jeder Gelegenheit, sowohl bei den Beratungen in der Kommission bezüglich des Gesetzes, betreffend die Arbeitsstunden, wie auch in der Gewerbeordnungskommission hat man vom Reichsamt des Innern immer wieder die Antwort bekommen: Das ist für die Regierung unannehmbar. Wenn es sich um eine kleinere Industrie handelt, hört man das ja nicht; aber sobald es sich um die Großindustrie und um die Bergwerksindustrie handelt, hört man immer die Antwort: das ist für die Regierung unannehmbar. Jetzt laufen die Scharfmacher Sturm gegen das Arbeitsschutzgesetz und auch gegen die Arbeiterauschüsse, die durch die Kommission in die Gewerbeordnung aufgenommen sind, ferner auch gegen die Arbeitszeit in der Schwerindustrie, die nur ein klein wenig eingeschränkt werden soll. Ich meine doch wirklich, wer sollte die Regierung nicht immer nur den Wünschen der Grubenherren und der Erzhafabrikanten nachgeben, sondern sollte mitgehen, die Interessen der unterdrückten Arbeiter zu vertreten. Wir sollten das mit dem Arbeiterschutz in der Sozialpolitik nicht halt machen, sondern weiter ausbauen.

Hierauf antwortete v. Bethmann-Hollweg: Meine Herren, auf die Fragen des Bergrechts kann ich unmöglich in der Ausführlichkeit eingehen, wie es der Herr Abgeordnete Schaffe getan hat. Neben die Resolution wegen des Gesetzes über die Vergesetzgebung, der der Reichstag zugestimmt hat, hat der Bundesrat noch keinen Beschluß gefaßt. Ich bin also nicht in der Lage, Ihnen über die Materie etwas anderes zu sagen, als ich es bei der Beratung der Interpellation von Rabbin getan habe.

Der Herr Abgeordnete Schaffe hat sich weiter darüber beschwert gefühlt, daß ich meine Absicht, die neuesten Vorgänge der preussischen Vergesetzgebung mit den am Bergbau interessierten Verhandlungsleiter zu behandeln, noch nicht ausgeführt hätte. Selbstverständlich, meine Herren, war es zunächst ab, welchen Verlauf die Sache im preussischen Landtag nehmen wird, und werde mich erst danach mit den verbündeten Regierungen in Verbindung setzen. Im übrigen möchte ich darauf aufmerksam machen, daß sowohl der Herr Abgeordnete Schaffe als auch der Herr Abgeordnete David mit geteilt haben, die preussischen Grubenkontrollen mit den anderen Regierungen zu verhandeln, weil sie ihnen nicht gefallen.

Schließlich hat der Herr Abgeordnete Schaffe gemeint, die Herren würden mir wohl den Kopf gewaschen haben, weil ich mit ihm und seinen Fraktionsgenossen nie verhandelt habe. Meine Herren, ich lasse mir weder von den Bergherren noch von Herrn Schaffe oder anderen den Kopf waschen (Seitert) und lehne auch die beweglichen und ausdrücklichen Vorschriften ab, die mir Herr Schaffe für die Art und Weise erteilt hat, wie ich Sozialpolitik zu führen hätte.

Bethmann-Hollweg führt eine stolze Sprache — den Abgeordneten gegenüber! Die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus über die neue Vergesetzgebung aber zeigen schon, daß man obige Ministerworte nicht ganz ernst zu nehmen hat. Genau so richten die Bergwerksherren und ihre Freunde das Gesetz ein, wie es sich die Geheimkonferenz in Berlin gedacht hat. Und die Minister in Preußen? Werden sie den Mut haben, sich dieser unerwünschten Stoffpassung zu entziehen? Denn das, was der preussische Landtag begonnen hat, herzustellen, ist die Art und Weise, wie die Regierungen bei uns Sozialpolitik zu treiben haben. Das ist schon Kopfwaschung genug für eine Regierung, wenn sie nicht die Kraft hat, den Bergwerksherren Stand zu halten. Und mehr noch, wenn man nicht einmal den Mut hat, vor aller Welt sich zu dem Vorhaben der Ministerstürzer offen und ehrlich zu äußern.

In der weiteren Debatte über diesen Punkt nahmen noch das Wort Franz Behrens und der Zentrumsabgeordnete Becker-Arnsherg. Ersterer beklagte, daß Sache überhaupt bei der augenblicklichen Geschäftslage im Reichstag die Sache angeschritten habe! Das sieht Franz Behrens auch sehr ähnlich. Behrens verlangt vom preussischen Landtag, daß er wieder zum allermindesten so sozial wird, wie es der preussische Handelsminister in seinem Entwurf der neuen Vergesetzvorlage gewesen ist! Das ist sehr naiv gedacht. Und wenn der preussische Landtag ein Einsehen hat und den Entwurf zu allermindest annimmt, wird dann Herr Behrens sich zufriedener stellen? Es scheint so. Wir kennen ja seine übergroße Bescheidenheit, wenn es sich um Durchführung von Arbeiterforderungen handelt.

Herr Becker packte nicht, daß Schaffe den zentralistischen Arbeitervertretern Inkonsequenz in der Frage des Bergarbeiterschutzes vorwarf. Da er vernünftiger nicht zu sagen wußte, hielt er eine der bekannteren W.-Glabacher Reden, die man für alle Fälle und bei jeder Gelegenheit auf Lager hat, wenn es gilt, die eigene Verlegenheit zu verdecken. „Der Bergarbeiterverband ging mit den Scharfmachern Hand in Hand“, das sagte der zentralistische Mann, als es sich doch darum handelte, auf Grund der Enthaltungen des Bergarbeiterverbandes über die Werksbesitzerpläne im Reichstag die Regierung anzurufen zum Schutze der Bergarbeiterleiber! Das kennzeichnet ganz besonders diesen christlichen Arbeiterführer. Hue, der dann noch das Wort nahm, blieb beiden, Behrens und Becker, nicht die Antwort schuldig. Die Sicherheitsmänner verantwortlich zu machen für kommende Unglücke, ihnen aber die Hände binden zu wollen, damit eine vernünftige Kontrolle in den Gruben nicht vor sich gehen kann, sei unethisch, das wollen die Grubenbesitzer. Ein Gesetz, das diese Werksbesitzerpläne sanktioniert, sei ein verbrecherisches Gesetz, das sich die Bergarbeiter nicht ruhig gefallen lassen werden. Wir stimmen voll und ganz dieser Anschauung zu.

Aus den Bergschiedsgerichten.

Deitsch. (Bergschiedsgericht vom 22. März 1900). Vorsitzender: Finanzamtant Dr. Weigel aus Freiberg; Beisitzer der Arbeitgeber: Rechnungsführer Jäschke aus Oelsitz und Kaufmann Meyer aus Meerane; Beisitzer der Arbeitnehmer: Bauer Streinigt aus Hofried und Hauer Hinkel aus Wächtersitz. Zur Verhandlung standen vier Fälle. 1. Berufung des Lagerarbeiters Emil Schneider, welcher auf dem Deutschlandschicht eine Verletzung des linken Unterarms erlitten hatte, wofür er anfangs eine Rente von 30 Prozent erhielt. Durch Nachuntersuchung im Kreisärztl. Institut Zwickau sollte auf das Gutachten der dortigen Ärzte, Professor Dr. Braun und Dr. Peuter, die Rente ab 1. Februar 1900 auf 15 Prozent herabgesetzt werden, wogegen sich die Berufung richtete. Durch Vergleich wurde die Rente ab 1. Februar 1900 bis auf weiteres auf 20 Prozent bemessen. 2. In ähnlicher Weise wurde die 33/4prozentige Rente des Zimmerlings Emil Erd in Deitsch auf 20 Prozent herabgesetzt. Seine dagegen eingelegte Berufung wurde auf Grund eines ärztlichen Gutachtens des Dr. Peutsche im Kreisärztl. Institut Zwickau und seiner jetzigen Erwerbsverhältnisse zurückgewiesen. Erd erlitt im Jahre 1904 einen Bruch des linken Unterarms, welcher eine Verletzung des Fußgelenkes zur Folge hatte. 3. Der Fördermann Arno Thiel aus Maraua erlitt im Oktober 1906 auf Deutschland eine Verletzung des rechten Kniegelenkes durch Zurückfallen eines vollen Hundes, wofür er mit zehn Prozent entschädigt wurde. Diese sollte ab 1. Oktober 1908 laut Gutachten von Professor Dr. Braun und Dr. Volkmann im Kreisärztl. Institut Zwickau eingestellt werden. Das Schiedsgericht konnte sich von der vollständigen Heilung des Unfalles nicht überzeugen und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Fortzahlung der Rente bis auf weiteres. 4. Einen Bruch des rechten Schenkelbeines erlitt im Jahre 1905 der Fördermann Emil Müller aus Hofried. Die ihm gewährte 50-prozentige Rente sollte auf Antrag der Berufsgenossenschaft nach dem Gutachten des Dr. Volkmann im Kreisärztl. Institut Zwickau ab 1. Februar 1909 auf 25 Prozent herabgesetzt werden. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde verworfen. Ähnliche vier Berufungen richteten sich gegen die Knappschaftsberufsgenossenschaft Sektion VII in Zwickau.

Internationale Mundschau.

Internationale Bergarbeiterkonferenz.

Am Samstag, den 10. April hielt das internationale Komitee der Bergarbeiter in Brüssel eine Sitzung ab. Es wurde unter anderem beschlossen, den diesjährigen internationalen Bergarbeiterkongress zu Pfingsten in Berlin abzuhalten. Der Kongress wird sich in der Hauptsache mit der Grubenkontrolle und den Unfällen im Bergbau, ferner mit der gesetzlichen Verkürzung der Schichtzeit, der Einschränkung der Aushilfsarbeit und des Strafwezens, sowie der Erhebung von Tarifverträgen und eines Minimallohnes beschäftigen. Die Delegiertenwahlen sind einzuleiten. Das internationale Komitee wird hierzu baldigst nähere Anweisungen geben.

Brief aus England.

London, 23. März.

Die vor einigen Tagen vom Ministerium des Innern veröffentlichten Zahlen über den Stand der britischen Bergwerksindustrie im Jahre 1908 weisen auf, daß die gesamte Kohlenförderung im Vereinigten Königreich in dem genannten Jahre 261 506 379 Tonnen betrug, was eine Abnahme gegen das Vorjahr von 6 806 473 Tonnen oder 2,55 Proz. bedeutet.

An Eisenstein wurden gewonnen 7 890 814 Tonnen, an verschiedenen Ton- und Schieferarten 5 988 956 Tonnen. Die Zahl der den Bergwerken unterliegenden Personen war 987 813; von ihnen waren 796 329 unter Tage beschäftigt. Die Gesamtzahl der Beschäftigten betrug in dem vorhergehenden Jahre 940 618 und weist daher eine Zunahme von 47 195 auf. Die Gesamtproduktion der Betriebe, die unter das Erdbergbaugesetz fallen, betrug im Jahre 1908 3 124 387 Tonnen, im Vorjahre 3 388 024 Tonnen. Als Hauptposten ist hier die Produktion von Eisenerzen in der Höhe von 1 549 489 Tonnen anzuführen; im vorhergehenden Jahre wurden dort 1 802 948 Tonnen erzeugt. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 29 927 gegen 31 602 im Jahre 1907.

Der sogenannte Vorkundentag, der am 1. Juli des Jahres in den meisten Gegenden Großbritanniens in Kraft treten wird, kann möglicherweise noch zu großen Lohnkämpfen führen. Besonders in Südwales, wo seine Einführung den größten Umschwung hervorgerufen wird, rüht man sich jetzt schon auf beiden Seiten zum Kampf. Damals, als es sich darum handelte, das von dem Komitee des Unterhauses und dem Oberhause vermittelte Gesetz anzunehmen oder fallen zu lassen, waren es gerade die Vertreter der Bergarbeiter von Südwales, die sich energig für die Annahme aussprachen, bedeutet es doch für sie wie auch für einen großen Teil Lancashire's eine Arbeitsverlängerung von täglich einer Stunde im Durchschnitt und von zwei Stunden in manchen

Gebieten. Die Grubenbesitzer behaupten nun, daß sich durch die Einführung des Gesetzes die Grundlagen des Kontrates, den sie mit den Gewerkschaften der Arbeiter haben, so verschoben hätten, daß sie zur Einhaltung derselben nicht genugsam werden könnten. Der festzustehende Stand der Arbeiter ist gegenteiliger Ansicht. Schon jetzt versuchen es die Grubenbesitzer in Südwales, die Arbeiter zu provozieren. Vor vierzehn Tagen wäre es beinahe dort zum Generalstreik gekommen. Eine große Gesellschaft, die 12000 Mann beschäftigt, hatte 1800 ihrer Arbeiter ausgesperrt. Man drohte mit weiteren Aussperrungen und die Stimmung unter den südwalesischen Kameraden wurde eine sehr erregte. Es wurde darauf eine außerordentliche Generalversammlung des Distriktsverbandes einberufen, zu der, wie allgemein bekannt war, die meisten der Delegierten mit dem Auftrag, für einen Generalstreik zu stimmen, erschienen. In der letzten Stunde lenkten die Unternehmer ein, und die oben erwähnte Aussperrung wurde aufgehoben. Ein Generalstreik zu der Zeit würde den Unternehmern durchwegs nicht angenehm gewesen; aber auch für die Bergarbeiter wäre der Zeitpunkt kein sehr günstiger gewesen; denn hätten sie am 1. April die monatliche Kündigung eingereicht, so wäre der Zeitpunkt doch dem Sommer zu nahe gewesen. Das Thema wurde gestern auf der Jahreskonferenz des Bergarbeiterverbandes von Südwales besprochen. Der Kamerad E. Richards, M. P., stellte der Versammlung eine Unternehmung mit, die er und der Kamerad W. Brace im Parlamentsgebäude mit einem Großkapitalisten hatte, bei an den walesischen Gruben sehr interessiert ist. Der Herr soll gesagt haben, daß sich die Grubenbesitzer in Südwales geradezu nach einem Kampfe mit dem Verbands sehnien. Man bestreitet allgemein, daß es die Unternehmer im Hochsommer darauf ankommen lassen werden. Die Stimmung unter den Arbeitern, die sich nach jahrelangem Ringen endlich auf parlamentarischen Wege eine Verkürzung ihrer stündlich langen Arbeitszeit erkämpft haben, ist die, sich jetzt schon zu rüsten, um den drohenden Kampf, den ihnen die Unternehmer aufzwingen wollen, siegreich zu bestehen. Wenn irgend etwas imstande ist, die Grubenbesitzer zur Raison zu bringen, so ist es dieses ehmalige Wollen der südwalesischen Kameraden, die mit ihrem Verbands, der jetzt 144 789 Vollmitglieder zählt, fast den letzten Planu in ihrem Gebiete organisiert haben. J. K.

Die Gewerkschaftsbewegung in Norwegen.

Die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften hat soeben ihren Jahresbericht für 1908 ausgegeben. Ende 1907 waren der Landesorganisation angeschlossen 14 Verbände und 17 einzelstehende Vereine mit einer Gesamtmitgliedszahl von 39 070, verteilt in 677 Ortsvereine. Ende 1908 erhöhte sich die Zahl auf 15 Verbände, 19 einzelstehende Vereine mit 47 211 Mitgliedern und 678 Ortsvereine. Die einzelnen Verbände wiesen am Schluß des Jahres 1908 folgende Mitgliedszahlen auf: Arbeiter 26 275, Metallarbeiter 7815, Holzarbeiter 2800, Buchdrucker 1768, Transportarbeiter 1268, Schiffsarbeiter 1181, Maler 988, Förner 1019, Maurer 988, Steinhauer 927, Wäcker 650, Mübelschler 620, Schneider 626, Buchbinder 568, Metzger 185, Einzelstehende Vereine 1201. Lohnbewegungen gab es im Berichtsjahre 171, an denen 10 805 Arbeiter beteiligt waren, und zwar 112 mit 7058 Arbeitern ohne Streik und 59 mit 8847 Arbeitern mit Streik. Kein der Verbände der Arbeiter war an diesen Lohnbewegungen 68mal, im ganzen mit 10 735 Arbeitern beteiligt. An Streikunterstützung zahlte die Landeseorganisation an die einzelnen Verbände 174 187 Kronen 48 Öere. — Die Gesamtergebnisse betragen 291 738 Kr. 28 Öere, die Gesamtausgaben 195 184 Kr. 18 Öere, so daß ein Bestand von 96 554 Kr. 24 Öere verbleibt. Das Gesamtvermögen der Landesorganisation betrug am 31. Dezember 1908 185 584 Kr. 49 Öere. Unter den von den einzelnen Verbänden gezahlten Beiträgen im Betrage von 251 581 Kr. 88 Öere befanden sich 90 120 Kr. Extrabeträge. — Zusammen mit der sozialdemokratischen Partei wurde im Berichtsjahre ein Arbeitsrat in Christiania eingerichtet, weiter ein besondertes Sekretär zur Führung der Geschäfte der Landesorganisation angestellt. Eine kräftige Agitation unter den Seeleuten führte am 16. November zur Gründung eines Seemannsverbandes mit dem Sitz in Bergen. Um die Agitation unter den weiblichen Arbeitern besser betreiben zu können, ist ein ständiges Bureau für Frauen errichtet worden. Alles in allem darf man sagen, daß die junge norwegische Gewerkschaftsbewegung 1908 einen guten Schritt vorwärts getan hat. Am Schluß des Jahresberichts sagt das Sekretariat selbst: Aus dieser Uebersicht geht hervor, daß manche Vorteile für die Arbeiter gewonnen wurden im Verlauf des Berichtsjahres und daß in keinem Punkt ein Rückschlag zu verzeichnen ist. Wenn man bedenkt, daß die Unternehmer durch ihre Zentralorganisation den Forderungen der Arbeiter einen viel stärkeren Widerstand entgegenzusetzen als früher, so müssen die Resultate der Landesorganisation als gut bezeichnet werden. Und dazu kommt, daß man bei der Arbeiterkraft noch mit großer Interessiertheit und Unverständnis gegenüber den Zwecken und Zielen der Arbeiterorganisationen zu kämpfen hat, und dem Wirken der Organisationen daher große Hindernisse entgegenstehen. L. V.

Knappschaftliches.

Vorstandssitzung des Bochumer Knappschaftsvereins vom 8. April 1909.

Die Verwaltung teilte mit, daß das Oberbergamt ihrer Auffassung beigetreten sei, wonach der Gesagte eines Urteiles auch dann einzuweisen werden kann, wenn er außerhalb des Sprengels bei frei werden desselben moht, sich aber bereit erklärt, seine Wohnung in denselben zu verlegen.

Der Rechnungsausschuß schlug eine Erhöhung des Gehalts des Dr. Bergina vor. Dieser ist Assistenzarzt in der Lungenheilstätte zu Berlinghausen und wird von der Verwaltung wie von den Pfinglingen als ein Mann geschätzt, der mit Mithilfe umzugehen versteht. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß Dr. Bergina einen schweren Stand in Berlinghausen habe. Seitens sei es dort sehr einjam und sei es nicht jedermanns Sache, sich mit lungentrakten Personen zu beschäftigen, deshalb hatte er eine Erhöhung des Gehaltes von 3000 auf 3040 Mt. wohl angebracht. Die Christlichen hatten bereits ihre Zustimmung im Rechnungsausschuß gegeben, dabei wurde aber von Papa Dunter, wie ihn die Zeichenbeamten nennen, der Wunsch ausgedrückt, daß ihre prompte Bewilligung nicht immer sofort in der Bergbauzeitung veröffentlicht würde. An welche Adresse die Worte des Vortrages Dunter eigentlich gerichtet waren, ist uns nicht näher bekannt. Wie im Rechnungsausschuß so stellen sich auch die Verbandsältesten im Vorstande auf den Standpunkt, daß die Gehaltsregulierungen auch der höheren Beamten im Etat vorzuziehen seien, und daß es nicht angebracht erscheine, im Laufe des Geschäftsjahres die Gehälter anders zu normieren. Im übrigen erschienen 3000 Mt. bei freier Station wohl als angemessene Entschädigung. Der Vorschlag des Rechnungsausschusses wurde mit 19 gegen 10 Stimmen der Verbandsältesten angenommen.

Weiter fand der Antrag des Geschäftsführers Hermann auf der Tagesordnung (auf anderweitige Regelung seines Vertrages).

Dieser Antrag war vom Rechnungsausschuß abgelehnt worden und fand auch beim Vorstand keine Befürwortung. Weiter schlug der Ausschuß vor, die Stelle eines Geschäftsführers dem Dr. Neubert zu übertragen. Bei dieser Gelegenheit wurde von einem Verbandsältesten moniert, daß die Anträge zur Bemittlung von Renten oft Monate lang bei der Verwaltung lägen, ohne berücksichtigt zu werden. Die Verwaltung darf auch zu, daß die Arbeiten nicht immer glatt erledigt seien, dies liege aber noch viel an der Mehrarbeit wegen dem jetzt in Kraft befindlichen Statut. So seien durch die Mehrverrechnungen der Renten und Krankengelder und durch die Einrichtung von über 100 000 Mitgliedern in die Pensionskasse von den Angestellten fast durchweg täglich 1-2 Ueberstunden gemacht worden. Auch würde die ganze Kalamität erst dann gegeben werden können, wenn das neue Verwaltungsgebäude bezogen sei, denn in dem alten Gebäude seien die Beamten zu eng zusammengepackt, auch ein genügender und übersichtlicher Platz für die erforderlichen Akten nicht vorhanden. Der Vorsitzende betonte in seinen Ausführungen, daß auch nach seiner Meinung die Rentenempfänger in erster Linie berücksichtigt werden müßten.

Der Ausschuß für Kurweien schlägt vor: a) Neuregelung von Kurbezirken.

Für Kottausen war die Bildung eines neuen Kurbezirks in der vorigen Sitzung beschlossen, als Knappschaftsarzt wurde nunmehr Dr. Deutelmöser vorgeschlagen.

Die anderweitige Abgrenzung der Kurbezirke der Knappschaftsärzte:

1. Dr. Bissing in Hellinghausen,
2. Daniel in Rütterscheid,
3. Nathrath,
4. Hege,
5. Eberath,
6. Brömel,
7. Zinnesfeld, sämtlich zu Wottrop

wurden entsprechend den Vorschlägen der Beteiligten genehmigt. Dem Antrage auf Bildung eines Kurbezirks in Leithe wird entprochen und als Knappschaftsarzt Dr. Broer vorgeschlagen.

b) Der Antrag des Dr. Koch in Herbern, dessen Revier nur 75 Mitgl...

c) 1. Die Pfingsttage Müller und Liebel, welche auch am Butterfreit...

2. Es wird angeregt, die Eoreinfahrt zum Werkstoffhof zu ver...

Den sämtlichen Vorschlägen gibt der Vorstand seine Zustimmung...

Die Vorliegende teilt weiter mit, daß kurz vor der Vorstandssitzung...

Der Direktor Röhne verlas die Eingabe wörtlich und der Vorsitzende...

Der Vorsteher Seidbrink führte die Gründe an, welche zur Stellung...

Über die Herren lesen sich, wenn sie glauben, die Verhandler seien...

Dem Antrag des Vorsteher Frickhöfer in Habinghorst auf Teilung...

Hiergegen wurde seitens eines Verbändlers Einspruch erhoben, mit...

Unter nachgekommenen Angelegenheiten fragten mehrere Verbändler...

Warum Dr. Weidmann dann die Frage stellte, ob noch mehr solche...

Frage gestellt würden, ist unangeleglich, denn wenn man angeleglich...

Dr. Weidmann hat auch das weitere Stellen von Fragen eben keinen Wert mehr...

Hier zeigt sich schon der Wahlmodus in seiner ganzen wahren...

Wahlmänner auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Adolf von Hausmann. Hier hat man die Hauerlöhne schon...

Zeche Witte Haaf. Trotzdem die Mißstände dieser Zeche schon...

Zeche Konsolidation III/IV. Beim Unternehmer Schumann von...

Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Schacht III und VII). Um 6 Uhr...

Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Schacht III und VII). Um 6 Uhr...

Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Schacht III und VII). Um 6 Uhr...

Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Schacht III und VII). Um 6 Uhr...

Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Schacht III und VII). Um 6 Uhr...

Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Schacht III und VII). Um 6 Uhr...

Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Schacht III und VII). Um 6 Uhr...

Zeche Graf Bismarck, Schacht II. Der jetzige Betriebsführer...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

Zeche Graf Bismarck, Schacht III und V. Am letzten Sonntag...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

nichts zu tun, andere die, welche entgangene Arbeit leisten. Hier...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Zeche Rheinpreußen (Schacht IV). Am 5. April kam hier der...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Drei Bergarbeiter durch Brandgase getötet. Auf den Hermsdorfer Gruben...

Abendtegrube.

Manche Beamten scheinen besonders in Zeiten wirtschaftlicher...

Manche Beamten scheinen besonders in Zeiten wirtschaftlicher...

Manche Beamten scheinen besonders in Zeiten wirtschaftlicher...

Manche Beamten scheinen besonders in Zeiten wirtschaftlicher...

Manche Beamten scheinen besonders in Zeiten wirtschaftlicher...

Manche Beamten scheinen besonders in Zeiten wirtschaftlicher...

Manche Beamten scheinen besonders in Zeiten wirtschaftlicher...

Manche Beamten scheinen besonders in Zeiten wirtschaftlicher...

Davidhacht. Hier wird in nächster Zeit ein besonders strenges Reglement eingeführt. Alles was ein Arbeiter entlassen, nur weil er eine Schicht geleistet hat...

Wahlrecht. Schon oft waren wir gezwungen, uns mit den Zuständen auf diesem Werke zu beschäftigen...

Wahlrecht. Eine recht inhumane Behandlung haben die Kumpels von dem Ruffcher Arbeiter zu erdulden...

Süddeutschland und Reichslande. Herrenanmahnung. Wie weit sich die Herrenanmahnung auf den Saar- und Moselgruben erstreckt...

Die Abrechnung des Gewerksvereins.

Unsere Mitteilungen über die letzte Gewerksvereinsabrechnung haben innerhalb der Mitgliedschaften des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter große Erregung hervorgerufen...

Man sollte so etwas nicht für möglich halten, aber was fragt eine Gesellschaft nach den von ihr angewendeten Mitteln...

Damit nun aber die Gewerksvereinsmitglieder sehen, wie sie an der Nase herumgeführt werden, noch einige Beispiele. In Nr. 46 des „Bergknappen“ vom vergangenen Jahre wird als Kassenbestand 1905 die Summe von 330.490,23 Ml. angegeben...

Aus dem Streik der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die Anknappschaffwahlen. Die am Sonnabend den 10. April im Ruhrbezirk stattfindenden, ergaben den Sieg dem Verbänderkandidaten...

Position zu behaupten, während verbandsfreig Walte nicht abgeschlossen werden. Allein auf seine Kraft angewiesen, marschiert er seine Wege...

Table with columns: Sprengel, Ort, Verband, Christl. Gewerksch., S. S. Gewerksch., Polen, Besatzung, Mitglieder. Lists various mining districts and their affiliations.

Wir wollen noch feststellen, dass in Ullern, Dortmund und Herne dem Verband auch die Stellvertreter zugesellen, da solche neben den Kandidaten hier aufgestellt wurden...

Achtung! Anknappschaffwahlen! Am Samstag, den 8. Mai finden in fünf neugebildeten Sprengeln Wahlen statt. Da uns bis zur Stunde die Abgrenzungen der Sprengel noch nicht bekannt sind...

Die Arbeiterauswahlwahlen auf Zeche Constantin der Große, Schacht III am 8. April endeten mit einem Siege der Verbänderkandidaten. Als Gegner standen ihnen die Kandidaten der „Christlichen“ und der Zeche gegenüber.

Wer ist Franz Polorny? Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter verfenet an seine Vertrauensleute ein Zirkular (mit Schreibmaschine geschrieben und vervielfältigt), das wie folgt lautet:

„Franz Polorny, Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung“ geboren am 21. März 1874 zu Lüdem. Nach Entlassung aus der Schule verließ er das Elternhaus und trieb sich in die Welt herum...

Somit das Zirkular, was wir vorgetragen der Öffentlichkeit übermitteln, damit die Welt erfährt, wie der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter ihm unliebbare Personen aus dem Hinterhalt überfällt...

Man fühlt wohl selbst, daß die Waffen gegen Polorny so schmutzig sind, daß man seitens der Gewerksvereinsleitung nicht einmal die Verantwortung hierfür übernimmt. Wir lehnen es ab, als Antwort einmal mit Biographien christlicher Gewerksvereinsführer zu dienen...

Der christliche Gewerksverein

hat an das preussische Abgeordnetenhaus eine Eingabe gerichtet, in der eine Anzahl Forderungen zur Ausgestaltung des sog. Sicherheitsgesetzes vorgetragen werden. Diese Eingabe ist ein

Dokument für den kompletten Umfassung, der sich in christlichen Gewerksvereinstreffen zur Zeit in der Frage der Sicherheitsmänner vollzieht. Jedenfalls ist es damit aber noch nicht zu Ende...

Bochum VIII (Wiemelshausen). Der Wirt Karl Bergmann von hier erklärt, er habe unsere Verbandskammeraden nicht nötig. Unsere Verbandskammeraden tun daher gut, wenn sie zeigen, daß sie auch den Wirt Karl Bergmann nicht nötig haben.

Sohlarn. Die unter dieser Stichmarke in Nr. 18 des „Bergknappen“ erschienene Notiz ist völlig unzutreffend. Der in Frage kommende Kamerad hatte seinen Lebertritt zum Verband freiwillig erklärt und glug der angeblische Vertrauensmann unseres Verbandes zu ihm um das Nähere zu veranlassen...

Königreich Sachsen.

Zwickau. Beerdigungskasse Glückauf (St. Zwickau). Am 28. März hielt genannte Kasse ihre diesjährige Generalversammlung im „Belvedere“ in Zwickau ab. Dem hierbei vorgetragenen Geschäfts- und Kassenbericht entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1903 17.307 (gegen 16.082 im Vorjahre)...

Lohnbewegungen und Streiks.

Auf den Braunschweiger Kohlenwerken traten Anfangs April etwa 800 Arbeiter in den Streik, weil ihnen die Lohnkürzungen in den letzten Monaten zu hoch erschienen. Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes, des Gewerksvereins und der Polen mahnten die Streikenden, die zum größten Teil unorganisiert waren, zu Verhandlungen...

Berichtigungen von Generalversammlungsanträgen.

Die Zahlstelle Langenbochum hatte eine Anzahl Anträge zur Generalversammlung gestellt, dieselben aber nicht direkt an uns gesandt, sondern zunächst an die Zahlstelle Erkenschwid. Letztere sandte uns die Anträge ein und dadurch gerieten sie unter die von Erkenschwid gestellten. Die Zahlstelle Langenbochum hat folgende Anträge gestellt:

Zu § 6 den sechsten Antrag, es muß also dort anstatt Erkenschwid Langenbochum heißen. Ferner den Antrag, daß ein Einheitsbeitrag von 50 Pfg. pro Woche eingeführt werden soll. Zu § 15 ist der erste Antrag ebenfalls von Langenbochum gestellt. Zu § 17 kommt der zweite Antrag von Langenbochum, ebenfalls zu § 21 der zweite Antrag. Beim 18. Antrag zu § 23 muß es auch anstatt Erkenschwid Langenbochum heißen und ebenfalls beim ersten Antrag zu § 28. Beim letzten Antrag zum Streikreglement muß gleichfalls anstatt Erkenschwid Langenbochum gesetzt werden.

Essen-West (Altenhof). Der fünftelste Antrag zu § 6, soweit diese Zahlstelle in Frage kommt, wird auf Wunsch wie folgt berichtigt: „Die Invaliden sollen 10 Pfg. Wochenbeitrag zahlen, gleichviel ob Knappschaffs- oder Reichsinvaliden.“ Der veröffentlichte Antrag lautet: „Der Beitrag der Invaliden bleibt auf 10 Pfg. pro Woche bestehen.“

Dem Verlangen, alle gestellten Anträge öffentlich wie sie eingehen zu veröffentlichen, kann nicht stattgegeben werden. Und zwar zunächst nicht mit Rücksicht auf den Namen unseres Blattes, dann aber auch aus anderen Gründen nicht.

Briefkasten.

Nr. 341139 Annon. Wir können darüber keine nähere Auskunft geben. Wende Dich hierfür um Auskunft auf unseren Bezirksleiter Mathias Schöffler, Wachen, Mauerstraße 46 II. Mitteilung der Redaktion. Der Herausgeber des Buches „Aus der Tiefe“ bittet alle Bergarbeiter, die in ihren freien Stunden Gedichte, Dramen oder sonstige Gedanken über irgendwelche Weltanschauungsfragen verfaßt haben, dieselben dem Unterzeichneten zur Prüfung einzusenden. Adolf Ebenstein, Berlin W., Neue Winterfeldstraße 26.

